

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 15.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 13. April 1912.

Redakteur: A. Hentmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

## Der Bankerott des Materialismus.

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich die Ideen jener ungläubigen Philosophen, die die Entstehung und Entwicklung des Weltalls auf natürliche Weise, ohne das Eingreifen des Weltenschöpfers, zu erklären versuchten, übernommen. Ja, die Gründer der Sozialdemokratie sind noch weiter gegangen: sie haben diesen philosophischen Materialismus auch auf das Gebiet des Wirtschaftslebens übertragen. Sie bauen auf ihn ihre Erklärung der ganzen Weltgeschichte auf. Wie nach dem Darwinismus die Lebewesen sich durch den Kampf ums Dasein aus Urursprüngen heraus zu immer höheren und vollkommeneren Formen entwickelt haben sollen, so sind nach Marx und Engels die letzten Ursachen der gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen lediglich in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweise zu suchen. Der Kampf um das Materielle, der Kampf ums Brot und der Gegensatz der Klassen haben nach den Genannten die ganze Weltgeschichte in maßgebender Weise gestaltet. Daß diese rein materialistische Weltanschauung für religiöse Gedanken und Ideen keinen Raum hat, geht aus dem Gesagten schon klar hervor. Der Materialismus brüskiert sich ja, diese überwinden zu haben. Nach ihm sind auch die höchsten geistigen Dinge, wie Philosophie und Religion, nur Widerspiegelungen der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse und aus diesen heraus restlos zu erklären. Hieraus ergibt sich auch die Stellung der Sozialdemokratie und der mit ihr gesinnungsverwandten „freien“ Gewerkschaften zur Religion in der Praxis. Diese Stellung kann nur eine feindliche sein.

Wir christlichen Arbeiter haben diese materialistische Weltanschauung von vornherein abgelehnt. Wir haben sie abgelehnt, weil wir sie ihrem Wesen nach für falsch betrachteten und sie unserer Auffassung von der Entstehung des Weltalls, von der natur- und weltgeschichtlichen Entwicklung, wie auch von der Abstammung und Zweckbestimmung des Menschen direkt entgegensteht. Wir haben sie weiter auch ihrer Konsequenzen für die Arbeiterbewegung wegen abgelehnt. Eine Weltanschauung, die jedes noch so arbeiter- und volksfeindliche Tun und Lassen der grimmigsten Scharfmacher rechtfertigt, kann unserer Ansicht nach niemals dem aufstrebenden Arbeiterstand günstig sein. Oft genug sind wir unserer Heberzeugung wegen, der wir ja durch Schaffung eigener Berufsorganisationen auch nach außenhin Ausdruck verliehen, von den Genossen verhöhnt und beschimpft, sogar als Arbeiterverräter bezeichnet worden. Das ließ uns kalt. Wir haben heute die Genugtuung, zu sehen, wie innerhalb der Sozialdemokratie selbst sich jene wehren, die an der Richtigkeit der materialistischen Weltanschauung zu zweifeln beginnen, die dieser krasse Materialismus nicht innerlich zu befriedigen vermag und die ihn auch als Grundlage für die sozialistische Gesellschaftsordnung für ungeeignet halten. So beginnt man denn in der Sozialdemokratie selbst das religiöse Problem reger zu diskutieren. Es steht dies vor allem in den „Sozialistischen Monatsheften“, dem Organ der Revisionisten. Ende 1910 schon gestand hier der Genossenschaftler und Sozialist Dr. Hans Müller, daß die unbedingte Anerkennung des Materialismus für die sozialdemokratische Bewegung auf die Dauer den Bankerott bedeuten würde. Er sieht auch für sie die ewig fruchtbarnde Quelle in der — Religion, allerdings in einer solchen, die von unsern religiösen Begriffen wesentlich verschieden ist. Die Religion, meinte Genosse Dr. Müller, sei denn doch etwas anderes als ein Phantom (Hirngespinnst, D. R.), sie sei vielmehr eine machtvolle soziale Realität (Wirklichkeit, Tatsächlichkeit, D. R.), mit der sich der Sozialismus noch anders auseinandersetzen habe, als daß er sie

zur Privatfrage des Einzelnen mache. Außer dem Genossen Dr. Müller haben sich auch noch andere zu diesem Problem geäußert, so die Genossen Maurenbrecher, Kampffmeyer, Staudinger, Erdmann, Hildebrand und Göhre. Gehen die Ansichten der genannten auch — zum Teil recht weit — auseinander, so ist die rege Beteiligung an der Diskussion doch immerhin ein Beweis für das Interesse, das man speziell in revisionistischen Kreisen dieser Frage entgegenbringt.

In einer der letzten Nummern der „Sozialistischen Monatshefte“ (Heft 4/1912) nimmt nun die Sozialistin Wally Zepler das Wort, um zu dem aufgeworfenen Problem Stellung zu nehmen. Sie ist der Ansicht, daß nicht allein die von den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen beeinflussten physischen (körperlichen, D. R.) Zustände, sondern auch sittliche Momente den Menschen zu seiner Lebensarbeit im Dienste der Menschheitsentwicklung drängen. Diese sittlichen Werte aber ständen „in einem strikten Gegensatz zu dem einfachen Lebenserhaltungstrieb der Organismen im Kampf ums Dasein“. Sie seien der Lebenserhaltung des Individuums ihrem Wesen nach meist direkt widerstrebend.

„Denn nach allen Kulturdokumenten, die wir besitzen, haben die Menschen stets die sittlichen Eigenschaften hochgeschätzt, die zur Erlötung des eigenen Lebensantriebs, zur Aufopferung des „Ich“ zugunsten irgend eines außeregoistischen Zweckes führten, sei es Hingabe des Kriegers, der sich für seinen Stamm in Gefahr stürzt, sei es in späterer Kultur die geistige Energie des Denkers und Forschers, der unter Verzicht auf persönlichen Genuß die Menschheit zu neuen Bahnen emporleitet.“

Demgegenüber gebe es nur zwei Konsequenzen: entweder müsse man alles unlösliche, außerförmliche Denken vernichten und auch für das Erdenleben nur die Selbsterhaltungstrieb des Einzelnen oder ganzer Klassen gelten lassen. Diese Anschauung müßte aber darauf verzichten, philosophisch die sozialen Aufopferungsinstitute zu erklären. Oder aber man müßte offen zugeben, „daß alle die egoismusfeindlichen Triebe, die die Menschheitsgeschichte beherrschten, solange wir sie zurückverfolgen können, nach menschlichen Begreifen nicht mehr kausal-naturgeschichtlich (kausal = ursächlich, D. R.) faßbar sind und wir daraus (wie aus allem sonstigen Unbegreiflichen in unserer Existenz) auf andere Zusammenhänge schließen müssen“. Und zwar, wie die Verfasserin sagt, auf übernatürliche Zusammenhänge, „deren Wesen wir nicht zu durchdringen vermögen, und die gerade, weil sie sich gegenüber unserem Verstandesdenken als irrational (unvernünftig, D. R.) erweisen, für uns religiöses Glauben bedeuten“. Aus einem derartigen, von dem unsrigen immer noch himmelweit verschiedenen religiösen Denken hofft Wally Zepler eine Anzahl von Willensimpulsen für den Sozialismus zu gewinnen, „wie sie in solcher Stärke nachweisbar stets nur religiös gefärbte Strömungen aufgebracht haben“.

Interessant ist auch, wie die Verfasserin sich über die Menschheitsentwicklung, wie sie sich vor allem zu der Frage äußert, wohin nun wirklich das Zukunftstener weist, „ob wir einer Welt entgegenstreben, in der unsern heutigen Empfinden nach das Leben leichter zu tragen sein, in der die Menschheit freier, ruhiger existieren wird“. Der Sozialist sei sich des einen sicher: wenn er für eine vernünftige Regelung der materiellen Bedürfnisse aller Gewerkschaftsglieder und damit für eine absolute Verbesserung des Daseins eintrete, so diene er einer Entwicklung, die nicht nur objektiv (sachlich, D. R.) zu geistig höheren Formen leitet, sondern auch subjektiv (persönlich, D. R.) unbedingte Leidensminderung darstellt. Schon dieser Punkt sei nur anscheinend völlig einwandfrei.

„Die Relativität (relativ = verhältnismäßig, D. R.) unseres Genießens, die starke Anpassung unserer Forderungen an das, was wir einmal kannten, legt mindestens schon den

Gedanken nahe, daß der materiell bessergestellte Arbeiter spätere Tage die Hebung seiner Lebenslage nicht ganz in dem Maße genießen wird, wie das den notleidenden Schichten unseres Proletariats in ihrer Zukunftsvorstellung erscheint.“

Bezüglich der Fragen der wachsenden geistigen Kultur aber sagt die Verfasserin: „Sehen wir da die Menschen von ihrem Empfinden aus an, so wird kaum irgend jemand daran zweifeln, daß der Aufstieg zu immer edlerer seelischer Entfaltung, die Erhebung des Lebens aus dem aramäßig Unmenschlichen ins persönlich Geistige, bei aller Verfeinerung der Genüsse, die Leiden des Daseins ins Maßlose steigern muß.“ Den Gedanken spinnt sie später auch noch weiter aus: Es dünke einem zuweilen ein seltsames Beginnen, daß die Menschheit mit so gewaltigem Kraftaufwand dahin strebt, breitere und immer breitere Menschenscharen nach dem Typus des Kulturmenschen hinzubilden, da doch dieses tiefste Menschentum mit allen Qualen des Geistes erkaufte werden müsse.

„Ohne über den Sinn des Lebens zu brüten und den Genuß des Augenblicks durch grüblerisches Betrachten zu ertöten, durchlebt der einfach natürliche Mensch sein Dasein mit größeren Schmerzen und Freuden. Die Ruhe nach schwerer körperlicher Arbeit, Schlaf, Essen mit Trinken sind ihm unmittelbarer Genuß; jede kleinste Erhöhung der materiellen Lage, einfach menschliche und familiäre Beziehungen gewähren ihm ungehemmte Lustgefühle. Den Kulturmenschen erst ergreift das faustische Ungenügen. Je reicher und tiefer er denkt, desto rascher durchweilt er alle Phasen des Erkennens, und ist die menschliche Natur auch so gerichtet, daß das Bewußtsein der Unmöglichkeit eines letzten Wissens den Trieb der Forschung niemals tötet, so tritt der Gedanke an die Unlösbarkeit aller tieferen Denkprobleme dennoch während langer Zeiten lähmend in das Leben fast jeden entwickelten Geistes. Und wie Faust selbst nur die höchste Ausgestaltung menschheitlicher Geistesentwicklung darstellt, so treffen alle Seelenqualen, die er durchleidet, den Mensch einer bestimmten Kulturhöhe als solchen. Sehnsucht und Unbefriedigung sind das Rainzichen, das die mühsoll durchungenen Jahrtausende geistigen Wachstums auf die Menschensfüße gezeichnet haben. Unbefriedigung in seiner Arbeit, im wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffen; auf welcher Höhenstufe er auch stehen mag, Sehnsucht und Unbefriedigung der Seele, die durch alle Lebensstadien, durch größere und zartere Genüsse, durch den Rausch erhabener Freuden doch immer wieder in die Qual schmerzvoller Unruhe zurückfällt. Denn diese Unruhe ist jene ewig unlösliche Frage nach dem Ziel dieses rastlosen Lebenskampfes, der dunkle Drang, uns selber und unser Wollen zu begreifen, die unerkenbare Kraft, zu durchdringen, die uns (der eigenen Vernunft zum Trost) einem unbekanntem Ziel entgegenreibt. Seit Jahrtausenden ist dies das Los des Geistesmenschen, und keine Entwicklung hat dieses Los wandeln können.“

Die Verfasserin wirft dann die Frage auf nach der sozialen Wirkung dieser Entwicklung, nach ihrer Wirkung auf den Menschen als Gesellschaftsglied. Hier täten sich neue Widersprüche und neue Rätsel auf. „Treibt die Vernunft uns mehr und mehr aus dem Stadium des rohen Kampfes der Einzelkräfte in das gesellschaftlicher Regelung des Lebens und Lebensbedarfs hinein, so geht die innere persönliche Entwicklung sicher gerade den entgegengesetzten Weg“, den Weg stetig wachsender Individualisierung des Einzelnen. Diese hemme aber notwendig nach allen Seiten seine seelische Einfügung ins Ganze. Auch diese Entwicklung sei nicht ohne Einfluß auf das Gesamtmaß der Menschheitsleiden und -Freuden. Die Verfasserin sucht dies an Hand der modernen Frauenbewegung zu beweisen, von der sie eine Milderung des gesamten Kulturbildes erwartet. Auch diese Bewegung werde, wenn sie ihr Ziel erreicht habe und die Frau wirtschaftlich und geistig freier, ein auf eigene Wertungen gestelltes Geschöpf sei, kein Weniger an Kämpfen und Leiden bringen.

„So sind wir uns“, sagt die Verfasserin, „im individuellen Streben über die Richtung des Weges wahrscheinlich alle klar. Wir wissen, daß er über

uns hinaus zeigt, daß wir aufwärts gehen, einem Ziel entgegen, das unsern Blicken verhüllt ist, das wohl immer weiter entgleitet, je mehr wir uns ihm nähern, um sich in fernsten Weiten der Unendlichkeit zu verlieren." Oder, wie sie an anderer Stelle sagt: "Das Traumland wird in dem Augenblick, da die Pforte sich auftut, im Nebel entweichen und mit andern Konturen (Umrisse, D. R.) andere Geschlechter in eine neue Ferne locken." Wetter meint sie: "Wir wissen, daß wir den Zug, der uns in unaufhaltbarem Lauf emporreißt, seinem Wesen nach nie begreifen und daß dennoch gerade die Besten ihm stets von neuem folgen werden. . . . Und wenn wir dennoch niemals ernsthaft fragen, ob diese nie endende Aufopferung für die Entwicklung der Menschen uns oder ihnen lohnt, so wohl nur deshalb, weil wir unausgesprochen im tiefsten Innern an den über-sinnlich göttlichen Ursprung unseres Wol-lens glauben."

Dieser Einblick in die Gedankenwelt einer Sozialistin ist nach mehr wie einer Seite hin recht interessant. Er kennzeichnet zunächst die ganze geradezu jämmerliche Hohlheit des Materialismus, von dem Wally Zeppler selbst sagt, daß er wissenschaftlich längst überwunden sei. Der Materialismus vermag weder die Welttrübsal zu lösen, noch eine klare Antwort über die Zweckbestimmung des Menschen zu geben. Er vermag vor allem auch nicht dem Menschen innere Befriedigung zu geben. Allerdings die religiöse Auffassung, die Wally Zeppler vertritt, wird es ebensowenig vermögen.

Interessant an ihren Ausführungen ist weiter die vollständige Preisgabe jener sozialistischen Zukunftstypen, die man den Massen stets vorgegaukelt hat. Welche Hoffnungen und Erwartungen hat man da nicht gedeutet und bis in die neueste Zeit hinein genährt: der Sozialismus als der Erlöser und Befreier der Menschheit, der einen Himmel auf Erden schaffen will. Mit dieser Illusion räumen die Darlegungen der genannten Verfasserin gründlich auf. Zufriedener, glücklicher vermag auch der Sozialismus die Menschheit nicht zu machen. Das Gegenteil ist der Fall. Dadurch, daß er weite Volksmassen dem christlichen Glauben entfremdet und dem Materialismus zugeführt hat, erzeugte er in deren Innern eine Dede und Leere, die angesichts der Unmöglichkeit, ihre auf rein Materielle gerichteten Bestrebungen dauernd zu befriedigen, die Massen zur Verzweiflung treiben muß. Für uns umföweniger Veranlassung, von unsern sich durch Jahrhunderte bewährten christlichen Anschauungen abzulassen.

### Masse und Führer.

Dieses für die sozialdemokratischen Gewerkschaften aktuelle Problem wird im „Korrespondenzblatt“ genannter Gewerkschaften von August Winnig, dem Redakteur des „Grundstein“, erneut angeschnitten. Nach ihm sind die Konflikte zwischen Massen und Führer auf eine weitverbreitete Verkennung des Wesens der gewerkschaftlichen Arbeit zurückzuführen. In der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vollziehe sich eine geistige Umwandlung. Früher habe man geglaubt, das sozialistische Endziel, die Aufhebung der Klassenherrschaft, in kurzer Zeit, vielleicht durch eine gewaltige Kraftanstrengung zu erreichen. Heute begreife man mehr und mehr einzusehen, daß dieses Ziel nur das Ergebnis einer allmählich fortschreitenden Entwicklung sein könne. Das erkenne man umföweniger, als man die gegnerischen Kräfte in ihrer festen Realität unmittelbar vor sich sehe und sich mit ihrem Widerstand abmühe. Diese Erkenntnis erfasste naturgemäß zunächst die Führer, die mitten im wirtschaftlichen Kampfe stehen und insoweit die Entwicklungslinien dieses Kampfes am ehesten erkennen und geistig verarbeiten. Andererseits würd... die gewerkschaftlichen Organisationen durch die Festigkeit der sozialen Tatsachen gezwungen, ihre Einrichtungen und ihre Praxis den wirklichen Verhältnissen anzupassen. Die geistige Umwandlung in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung kommt darum mehr in der den Notwendigkeiten folgenden Praxis der Organisationen, wie im Bewußtsein der Organisationsmitglieder zum Ausdruck. Die Organisationspraxis rechne nächstens noch auf Jahrzehnte hinaus mit der Fortdauer der bestehenden Wirtschaftsordnung. Aber im Bewußtsein sehr großer Mitgliederkreise liege der große Tag des jüngsten Gerichts (des Zusammenbruchs der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, D. R.) und der endgültigen Erlösung sozialjagen in der Luft — „eine große Massenaktion, und der Klassenstaat liegt am Boden, keine Trümmer aber formen sich zugleich, durch eine ihnen innerwohnende Kraft bewegt, zur neuen Gesellschaft zusammen“.

Der Widerspruch zwischen dieser Auffassung weiter Mitgliederkreise und der durch die tatsächlichen Verhältnisse bedingten Organisationspraxis ist nach Winnig der Grund, auf dem die meisten Konflikte erwachsen. Er begründet dies wie folgt:

„Wer die Neugestaltung des sozialen Wesens in jenem ideologischen Lichte sieht, kann die gewerkschaftliche Arbeit nicht in ihrer vollen Bedeutung entsprechend würdigen. Er sieht in ihr eine Arbeit des Tages für den Tag, die bald durch die große allgemeine Erlösung überflüssig geworden sein wird. Er sieht in ihr nicht das unablässige Schichten von Stein auf Stein, das in seiner Mehrung der Macht des Proletariats die notwendige Vorbedingung der sozialen Umgestaltung ist. Er sieht in der gewerkschaftlichen Organisation lediglich ein Hilfsmittel für die bald überflüssig werdenden Lohnbewegungen, nicht die hohe Schule des Proletariats, in der es sich die Fähigkeiten zur Verwaltung des öffentlichen Wesens aneignet, wo es sich übt in der Betätigung eines edlen Solibarisimus, damit gleichsam neue Menschen schaffend, wie sie eine neue Gesellschaft verlangt. Er sieht in dem Vertragswesen nur eine Sicherung gegen den Vortbruch der Unternehmer, die darum überflüssig wird, sobald wir durch die Kunst des Arbeitmarktes das Gest in den Händen haben; aber er sieht in ihm nicht die neue Form des Arbeitsvertrages, die den Arbeitsvertrag aus einer Sache der Einzelindividuen zu einer Angelegenheit des organisierten Berufs macht und damit das Prinzip des sozialen Rechts in die Wirklichkeit einführt; er sieht nicht, wie durch die Ausbreitung des Tarifvertragswesens ein großartiger Prozeß der gewerkschaftlichen Organisation eingeleitet wird, der die kapitalistische Willkür und Anarchie verdrängt und Zweckbewußtsein und Planmäßigkeit in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen trägt. Er sieht in der errungenen materiellen Verbesserung nur das Augenblickliche — manchmal auch nur die Unterlagen für einen rechnerischen „Nachweis“ der Synthesarbeit —, aber nicht das Bleibende, das Jahr um Jahr wiederkehrt und die materiellen, intellektuellen und ethischen Kräfte des Proletariats steigert.“

Um den Konflikten zwischen Massen und Führer vor-zuzugewen, empfiehlt Winnig: die ganze Aufklärungs- und Agitationsarbeit müsse von der Absicht beherrscht sein, Verständnis für die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu wecken und eine objektive Würdigung seiner Ergebnisse zu gewährleisten. Der äußere Anlaß zu den Konflikten sei die Unzufriedenheit mit dem von der Gewerkschaft Erreichten. Dieses materielle Bedürfnis der Mitglieder, das der Annahme des vorliegenden Ergebnisses widerstrebe, wirke aber als eine durch keine Erwägungen der praktischen Vernunft ver-ebeelte, rohe Kraft, die darum gegen sich selbst wütele, die zerstört, statt positive Werte schafft. Die Unzufriedenheit mit dem Gegenwärtigen müsse gelenkt werden durch das vernünftige Abwägen, wie weit die Kräfte reichen, durch die Erkenntnis, daß auch der weiteste Weg aus einzelnen Schritten besteht. Die Vernunft müsse verhindern, daß sich Klagen der Unzufriedenheit gegen die eigene Organisation richten, denn sie sei die Quelle aller Kraft.

Man sieht, Genosse Winnig hat die Wurzel des Übels erkannt. Ob er aber mit seinen Vorschlägen Erfolg haben wird? Wir möchten bezweifeln. Die Gegen-strömungen sind zu stark. Da ist zunächst der von der Sozialdemokratie gepredigte krasse Materialismus, der zum Egoismus, zur Selbstsucht führt. Und sind die Massen mal von dieser Untugend erfaßt, dann sind sie zu einem vernünftigen Maßhalten, zu einer objektiven Würdigung gewerkschaftlicher Errungenschaften einfach unfähig. Die in der Sozialdemokratie übliche Erziehung zum Radikalismus und zum fanatischen Klassenhaß, das den Genossen geistlich suggerierte übertriebene Machtbewußtsein verleiten auch allzu leicht zu einer Ueber-schreitung der durch die Machtverhältnisse und durch ver-nünftige gewerkschaftliche und volkswirtschaftliche Er-wägungen gebotenen Schranken. Und wie soll die Masse dem vernünftigen Führen der Führer Gehör schenken, wenn man in ihr jedes Autoritätsgefühl erstickt und wenn die radikale Parteipresse zudem noch bemüht ist, durch systematische Herabsetzung dieser selben Führer die Masse in einen bewußten Gegensatz zu ihnen zu bringen? Diese radikale Parteipresse und ihre Raufhüter sind es auch, die dem Glauben an einen baldigen Zusammenbruch der heutigen Wirtschaftsordnung, an eine halbige „endgültige Erlösung“ immer wieder neue Nahrung zuführen, ihn immer wieder neu beleben. Das aber muß die Massen zu einer Ueber-schätzung der Bedeutung des politischen Kampfes und zu einer Unter-schätzung der gewerkschaftlichen Arbeit verleiten.

Also schon der direkte Einfluß der immer noch von den radikalen Elementen beherrschten sozialdemo-kratischen Partei und deren Presse auf die Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften, macht deren Er-ziehungsarbeit, sofern von einer solchen gesprochen wer-den kann, zum Teil wieder illusorisch. Aber auch in-direkte Einflüsse machen sich geltend. Die sozialdemo-kratischen Gewerkschaftsführer wie auch die Gewerkschafts-presse müssen die den Gewerkschaften doch geradezu ver-hängnisvollen sozialdemokratischen Slogans und Bestrebungen verteidigen. Sagt es ein Blatt, gegen den Stachel zu böden, so wird daselbe durch die Parteimitte zur Raision gezwängt. So tragen die Gewerkschaften selbst noch zur Verschärfung all jener Widersände bei, die wir oben skizzieren haben. Es ist recht interessant, all die Wider-sprüche zu verfolgen, in die sich die sozialdemokratische Gewerkschaftspresse dank ihrer Zwitterstellung verwickelt. Ein Schulbeispiel hierfür hat deren Haltung beim jüngsten Kaiserbergarbeiterstreik. Da hat z. B. auch das Organ des Genossen Winnig, der „Grundstein“, allen von Winnig vertretenen gewerkschaftlichen Grundthesen zum Trotz den Streik verurteilt, obgleich derselbe vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet eine beispiellose Dummheit war.

So sehen wir, wie die enge Verknüpfung der sozial-demokratischen Gewerkschaften mit der Partei ersteren zum Verhängnis wird. Die von Winnig geforderte Auf-klärungs- und Erziehungsarbeit kann die erhofften Er-folge nicht bringen, weil die Massen mehr von der Partei als von den Gewerkschaften beherrscht werden und die erstere die Revolutionierung der Köpfe immer noch als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet. Diese Revolutionierung der Köpfe aber steht in direktem Widerspruch zu einem gesunden Gewerkschaftsprinzip.

### Die Kartelle in der deutschen Textilindustrie, mit besonderer Berücksichtigung der Seidenwebereien.

Ein Kartell — gleichgültig welche Industrie es um-faßt — kann einen dauernden und tatsächlichen Einfluß auf die Preise nur ausüben, wenn es das Angebot der kartellierten Produkte in Grenzen zu halten weiß, die der Nachfrage entsprechen. Wenn ein Unternehmer ungestraft so viel produzieren und absetzen kann, wie er will, ohne auf die Marktgestaltung Rücksicht zu nehmen, so werden bei niedergehender Konjunktur alle Preis-bestimmungen des Kartells nichts nützen. Die Fabrikanten werden — um nur ihre Produkte loszubringen — ver-kaufen um jeden Preis, und damit ist natürlich das Preis-kartell gesprengt.

Das richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nach-frage wird durch die Kontingentierung der kar-tellierten Produkte erreicht. Sowohl im Kohlen-syndikat wie im Stahlwerksverband ist sie in der Weise durch-geführt, daß jeder Bezieher bezw. jedem Werke gestattet wird, so viel zu fördern oder zu produzieren, wie es seiner Produktionsfähigkeit und dem Durchschnitt seines früheren Absatzes entspricht. Diese Art der Kontingen-tierung ist nur möglich, wenn der Absatz nicht allzu großen Schwankungen unterworfen ist und die Art der erzeugten Produkte eine gewisse Gleich-förmigkeit aufweist. Sie ist umso leichter durchzu-führen, wenn das Kartell selbst eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit ausübt — die Produkte zu einem bestimmten Preis abnimmt und den Verkauf dieser selbst organisiert und regelt. Die beiden größten und auch vollkommensten Kartelle der deutschen Volkswirtschaft — das Kohlen-syndikat und der Stahlwerksverband — konnten die Kontingentierung in der angegebenen Weise regeln, da ja gerade hier die Produkte der einzelnen Werke eine große Einheitlichkeit aufweisen und der Absatz in den einzelnen Erzeugnissen nicht so gewaltigen Schwankungen unterliegt wie in der Textilindustrie.

Der Grund dieser Stabilität im Absatz und der Kontinuität in der Produktion ist leicht zu erkennen. Er liegt in der vollkommenen Unabhängigkeit der betr. Industrien von der Mode. In Kohlen, Eisenbahn-schienen u. dgl. kann es eine bestimmende Geschmacksrichtung nicht geben — einzig der Bedarf und die Zweck-mäßigkeit bestimmt die Produktion.

Ganz andere Verhältnisse herrschen in der Textil-industrie; sie ist — mit Ausnahme etwa der Spinnerei — durchaus abhängig in ihrer Produktion von der Mode. Diese bedingt eine starke Beweglichkeit der Pro-duktion. Eine solche ist aber natürlich den einzelnen Werken nur in ganz bestimmtem Grade möglich. De-shalb ist es keine Seltenheit, daß einzelne Fabriken in einem Jahr mit Aufträgen überhäuft sind, im andern dagegen an Beschäftigung leiden. Ein Absatzkartell ist unter solchen Umständen natürlich nicht möglich — das Risiko, das damit verbunden wäre, läßt an eine derartige Gründung gar nicht denken. Dazu kommt noch, daß die Vielgestaltigkeit der Produkte, die ein-gehende Spezialisierung der Tätigkeit der Pro-duzenten auch beim Verkauf nicht gut entraten kann. Unter diesen Umständen blieb nur ein Weg (übrig) möglich. Man verzichtete darauf, die Produktion auf direktem Wege einzuschränken und begnügte sich, durch eine sog. Absatzkontingentierung jeden Verbands-teilnehmer zu zwingen, nicht mehr Ware während eines bestimmten Zeitraumes zu verkaufen, als seinem bis-herigen Anteil an dem jeweiligen Gesamtabsatz der In-dustrie entsprach.“ (v. Bedekath.) Der Zwang wurde auf folgende Weise erreicht: Jede Fabrik erhielt einen nach dem erwähnten Gesichtspunkte bestimmten Anteil am Absatz (nicht an der Produktion). Für jede Ueber-schreitung muß eine Abgabe an den Verband entrichtet werden, die den Reingewinn der betr. Produktion (der Ueber-schreitung) aufzehrt. Damit entfällt für den Fabri-kanten das Interesse, über seine Anteilsquote zu produ-zieren. Ueber-schreitungen werden zwar immer vor-kommen, schon um die Rundschaft zu erhalten. Die durch die Abgaben gebildete Summe wird nun an die Fabri-kanten des Kartells verteilt, denen es unmöglich war, ihren Anteil abzugeben. Damit ist eine eminent aus-gleichende Wirkung erzielt. In der Seidenweberei haben die Verbände der Sammet- und Secour du Nord-, der Sammetband-, der Turquette und Cröpeindustrie eine derartige Absatzkontingentierung eingeführt und günstige Erfahrungen damit gemacht.

Das vollendetste Syndikat ist das oben schon erwähnte Absatzsyndikat, das eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, indem es den Verkauf der kartellierten Produkte selbst in die Hand nimmt. Das ist aber, wie wir schon gesehen haben, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, die für die Produkte der Textilindustrie durch-weg fehlen, in der deshalb auch diese Form des Kartells gar nicht vorkommt.

Eine für die Industrie erspriessliche Wirk-samkeit eines Kartells ist nur denkbar, wenn alle Unter-nehmer in ihm vereinigt sind oder doch kein Leistungs-

fähiger Quittgeber vorhanden ist — man weiß aus Erfahrung, daß ein einziger Unternehmer das Kartell sprengen kann.

Noch verderblicher als die Konkurrenz eines oder weniger inländischer Unternehmer, ist die des Auslandes. So lange eine solche ungehemmt und uneingeschränkt vorhanden ist, wird eine Kartellierung der inländischen Produktion keinen Zweck haben. Was nützen Preisbestimmungen, die über dem Weltmarktpreis stehen, wenn die ausländische Konkurrenz zu billigeren Preisen verkauft? Ein Verstoß auf den festgesetzten Preis hätte da nur den Untergang der kartellierten Industrie zur Folge. Die Entwicklungsgeschichte der Kartelle ist in Deutschland und anderswo eng verknüpft mit der Wirtschaftspolitik. Wenn Schutzzölle auch nicht unter allen Umständen die Voraussetzung zur Bildung der Kartelle sind, so haben sie doch wesentlich dazu beigetragen. Das können wir rein äußerlich schon aus der zahlenmäßigen Entwicklung sehen. Erst nachdem die deutsche Wirtschaftspolitik energisch daran gegangen ist, die heimische Industrie zu schützen, haben sich Kartelle in größerer Anzahl gebildet. Diese Erscheinung trifft auch bei der Textilindustrie und insbesondere der Seidenweberei zu. Zuerst mußten die Zölle auf die Produkte der französischen und schweizer Industrien (Shon, St. Etienne, Zürich) bei ihrer Einfuhr nach Deutschland eine preis erhöhende Wirkung ausüben, bevor die deutschen Interessenten daran denken konnten, sich in Kartellen zu verbinden, die preisbestimmend wirken sollten. Jetzt erst war es ihnen möglich, innerhalb des Weltmarktpreises + Zoll einen Preis zu bestimmen, der von der erwähnten Konkurrenz nicht unterboten werden konnte. Die jetzt bestehenden Zölle werden für manche Zweige der Seidenweberei als durchaus zu niedrig bezeichnet. Hinreichend geschützt erscheinen die Sammetbandfabriken gegen die erwähnte Konkurrenz — ihr Kartell konnte deshalb keine monopolistische Tendenz für den deutschen Markt durchführen, wozu allerdings die Güte des deutschen Fabrikates nicht unwesentlich beigetragen hat. Nicht die gleichen Verhältnisse herrschen für die deutsche Seiden- und Schirmstoffindustrie, deren Zölle vielfach als ungenügend erachtet werden. Beide haben unter der ausländischen Konkurrenz, besonders der schweizer und japanischen, schwer zu leiden. Die Preise sind trotz der Zölle sehr gedrückt. Wollte der Seidenstoff- und Schirmstoffverband unter diesen Umständen die Preise nach oben fixieren, so würde er nur die Geschäfte der Konkurrenz besorgen, die eben dann billiger verlaufen würden. Die beiden genannten Verbände haben bis jetzt wohl unter dem Druck dieser Verhältnisse von Preisbestimmungen abgesehen und sich nur auf die Regelung der Konditionen beschränkt.

Schon vorhin habe ich angedeutet, daß ein Kartell nicht unter allen Umständen zur Erreichung seines Zweckes eines durch die Wirtschaftspolitik gewährten Preisstützes bedarf. Es bedarf ihn nicht, wenn die heimischen Produktionsbedingungen so günstig sind, daß die Erzeugnisse billiger hergestellt werden können als die des Auslandes — ein Fall, der wohl selten eintreffen wird. Dagegen ist das andere wohl möglich: Die heimische Produktion hat sich durch ihre Güte eine gewisse Monopolstellung erworben, die ihr gestattet, die Preise höher zu setzen, als die der ausländischen Konkurrenz stehen, ohne Furcht haben zu müssen, von dieser verdrängt zu werden. Die Wirksamkeit eines Kartells ist unter solchen Umständen selbstverständlich.

Ein zweifellos idealeres Mittel als die Schutzzölle, die Wirksamkeit der Kartelle zu sichern und ihren Zweck zu erreichen, ist die internationale Verständigung nationaler Verbände. Sie soll die Abgabebereiche abgrenzen oder muß wenigstens gleiche Bedingungen für die Konkurrenz unter sich setzen, wenn das erstere nicht erreicht werden kann. Die Schwierigkeiten, die einer solchen Verständigung entgegenstehen, dürfen allerdings nicht unterschätzt werden. Die größte besteht in der Kontrolle der tatsächlichen Durchführung der getroffenen Vereinbarungen. Am ehesten ist das noch möglich, wenn diese Vereinbarungen, mögen sie nun den Preis oder die Abgabebereiche betreffen, sich nur auf den heimischen Markt beziehen, die ausländische Konkurrenz sich also verpflichtet, in Deutschland nur zu den gleichen Bedingungen zu verkaufen, wie der heimische Produzent. Einem derartigen Vertrag wird das inländische Kartell natürlich nur eingehen, wenn es ihm nicht möglich ist, den ausländischen Konkurrenten zu verdrängen, oder es entsprechende Vorteile für seinen Absatz im Ausland erhält.

Ein Abkommen, das sich bezüglich der Bedingungen und Preise fast auf den ganzen Weltmarkt erstreckt, besteht zwischen dem Verband der Sammet- und Plüschfabrikanten Deutschlands und dem Syndikat der Lyoner Sammetfabrikanten.

Die Besprechung der einzelnen Kartelle in der Textilindustrie wird Gelegenheit geben, auf einzelnes näher einzugehen.

### Ein Rattenkönig

von Entstellungen, Verleumdungen, Unwahrheiten, Widersprüchen und Lächerlichkeiten, so schreibt man uns, ist der Bericht in Nr. 55 der sozialdemokratischen Düsseldorf-er Volkszeitung und Nr. 12 des „roten“ Textilarbeiters, über die am 3. März in M.-Glabbach stattgefundenen Gaukonferenzen des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, Gau linker Niederrhein. Wenn ein außerhalb Glabbachs wohnender Genosse die Einleitung zu diesem Bericht gelezen hat, wird er wohl der Meinung sein, daß

die Delegierten dieser Gaukonferenz einen Löwen mit bejessen haben müssen, mit Todesverachtung ihren Einzug in M.-Glabbach gehalten und leichter aufgetanet haben werden, als sie aus den Straßen dieser verruchten Stadt heraus und glücklich im Tagungslokale, von schützenden Mauern umgeben, ohne Angst beraten konnten, wie in Zukunft die Glabbacher Schwarzen klein zu kriegen seien, oder wie es anzufangen sei, damit wenigstens in einigen Jahren die rote Leuchte mit ihrem Glanze das dicke Dunkel durchscheine. Dabei muß dann die Gefahr abgewendet werden, von so einem schwarzen Ungetüm mit Haut und Haar verschlungen zu werden. So ungefähr wird der „gläubige“ Genosse gedacht haben, als er folgendes Phrasengewirr las.

„Die alte Hochburg der Christlichen mußte es sich gefallen lassen, daß in ihren Mauern die Vertreter von über 7000 freien Textilarbeitern darüber berieten, wie in kommenden Zeit die Agitation im Herzen der Zentrumsdomäne zu gestalten ist, in einem Gebiete, in dem durch die geistige Korruption der Christlichen die Arbeiterbewegung andauernd auf's äußerste geschädigt wird.“

Daß am 3. März die Mauern Glabbachs nicht eingestürzt sind, ist auf alle Fälle nicht Schuld des Phrasenloggen, der diesen Unsinn geschrieben hat.

Daß aber durch die „geistige Korruption der Glabbacher Christen“ die Arbeiterbewegung andauernd auf's äußerste geschädigt wird, ist aus folgenden Gründen leicht erklärlich. Bekanntlich ipult in den Köpfen der sozialdemokratischen Fanatiker der Fastnachtsgedanke, daß nur ihre Gewerkschaften die eigentliche deutsche Arbeiterbewegung darstellen. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband kann nun in Glabbach nicht vorwärtskommen, und deshalb wird die Arbeiterbewegung, also die rote, andauernd geschädigt. Ja, es ist nun einmal so, die Glabbacher Christen sind eigentlich recht schlechte Menschen, weil sie dem roten Textilarbeiterverbande allzu große Schwierigkeiten machen und keine Zutreiberdienste für ihn verrichten wollen.

Die Delegierten des Gautages müssen eigentlich froh gewesen sein, daß die „Glabbacher Christlichen“ existieren, worüber hätten sie sonst verhandeln sollen. Erstens führt der Berichterstatter, Gauleiter Brüggemann, an, die Christlichen trügen die Schuld daran, daß im Bezirke keine erheblichen Vorteile bei Lohnbewegungen herausgeschlagen werden konnten. Insbesondere ist dies nach Brüggemann in Aachen und Glabbach der Fall. Jedoch sagt er dann weiter, daß dies auch auf die schlechte Konjunktur, besonders im M.-Glabbacher und Nachener Bezirk, zurückzuführen sei.

Ist das eine geschickte Logik! Erst heißt es, die Christlichen sind schuld an den „geringen Vorteilen“ und direkt darunter gesteht man ein, daß gerade in diesen Bezirken eine überaus schlechte Konjunktur gewesen ist. Wir aber erklären, daß wir auch während des schlechten Geschäftsganges sorgsam darüber gewacht haben, daß unseren Kollegen keine Lohnreduzierungen aufgehaßt wurden. Und wo es der Fall war, sind wir auch zur Abwehr geschritten. Wertvoll aber ist das Eingeständnis immerhin, daß auch Herr Brüggemann die Ueberzeugung hat, daß in den letzten Jahren in den von ihm benannten Bezirken ein schlechter Geschäftsgang zu verzeichnen gewesen ist, womit auch die Gewerkschaftsbewegung bei etwaigem Vorgehen zu rechnen hat. Damit ist auch die heizerische Notiz gerichtet, welche vergangenes Jahr ihren Weg durch den sozialdemokratischen Blätterwald nahm und jedenfalls aus der Redaktion des sozialdemokratischen „Textilarbeiters“ stammte. Wurde doch in der Notiz den Lesern klar gemacht, daß allüberall in den Domänen des roten Textilarbeiterverbandes miserabler Geschäftsgang zu verzeichnen sei, welcher ein energisches Eingreifen zum Besten der Arbeiter durch den „deutschen“ Textilarbeiterverband unmöglich mache und die Mitglieder sich mit Geduld wappnen müßten. Aber, hieß es weiter, anders liegen die Dinge in Rheinland und Westfalen. Also dort war guter Geschäftsgang. Hier, in diesen Gebieten, hat eben der christliche Textilarbeiterverband seine Domäne. Deshalb sollte hier wohl gute Konjunktur für die Genossen sein, d. h. auf gut deutsch, die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes sollten wohl in diesen Gebieten ein Feuerchen anzünden, um dem christlichen Verbands eine Anzahl Niederlagen zu bereiten.

Dieses Manöver war aber doch zu plump, um nicht durchschaut zu werden. Die christlichen Textilarbeiter haben diese lächerliche Aufmachung richtig eingeschätzt. Es scheint aber, daß der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes von M.-Glabbach, Aheydt, Herr Vater, sich in dem oben gekennzeichneten Sinne zu betätigen versucht hat, dabei aber nicht auf seine Rechnung gekommen ist, und dieserhalb erbost der Gaukonferenz nachweist, daß die „Christlichen alle Lohnbewegungen abmürgen“.

Herr Brüggemann stellt in seinem Geschäftsbericht weiter fest, daß die Erfolge für die Arbeiter in den ländlichen Orten weit größer waren, wie in Krefeld. Aber Herr Brüggemann, woran liegt denn das? Vielleicht daran, daß auch im Bezirk Krefeld in den ländlichen Orten der christliche Verband die größte Anzahl der Mitglieder, während in der Stadt Krefeld selbst der sozialdemokratische Verband die Masse hat. Nun sagt Herr Brüggemann aber selbst, in Krefeld war eine bessere Konjunktur, doch konnte sie wegen des Streites, der unter die Mitglieder (des sozialdemokratischen Verbandes) getragen wurde, nicht zur Genüge ausgenutzt werden. Da haben wir den Salat. In Glabbach und Aachen schlechte Konjunktur, da aber müssen die Christlichen verantwortlich gemacht werden, weil keine tölpelhaften Aktionen unternommen wurden, damit der sozialdemokratische Verband im Trüben fischen konnte, und in Krefeld guter Geschäftsgang, dieser kann aber nicht ausgenutzt werden, weil die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes für besser halten, während der guten Konjunktur

unter sich herumzukratzeln. Dieselben Leute aber kommen dann nach Glabbach und wollen sich als die Weltverbesserer aufspielen, mäkeln, kritisieren, an dem Verhalten der Christlichen herumzörgeln, dabei haben sie selbst das größte Durcheinander im eigenen Lager. Wir aber danken schön für alle Lehren von solcher Seite, gehen nach wie vor unsere eigenen Wege, trotz des öden Geschimpfes und der Kraftausbrüche, ohne welche man eben auf der Gegenseite nicht auskommen kann.

Aus den Ausführungen des Herrn Brüggemann ist dann noch zu bemerken, daß er bemängelt, daß trotz der Lohnverhältnisse im Bezirk so niedrige Beiträge bezahlt werden. Ein alzu gutes Zeichen ist dies nicht, diese Meinung wird der Herr Gauleiter wohl mit uns teilen. Zu verstehen ist so was dennoch. Wenn man den Glabbachern sozialdemokratischen Textilarbeitern fortwährend vorrechnet, daß die „Schwarzblauen“ alles derart verteuert, daß der Textilarbeiter in Glabbach schon mit seiner Familie am verhungern ist, dann kann man es den so erzogenen Leuten nicht verdenken, wenn sie möglichst niedrige Beiträge zahlen; denn diese Leute haben die Ausführungen ihrer Führer ernst genommen.

In der Diskussion über die zu gestaltende Agitation in M.-Glabbach wurden die tollsten Luftsprünge und Purzelbäume geschlagen. Besonders mußte der Beschluß der Glabbacher christlichen Textilarbeiter, keine gemeinsamen Versammlungen mit den Gegnern mehr zu veranstalten, herhalten.

Die Ausführungen, welche darüber von einem Diskussionsredner aus Glabbach selbst gemacht wurden, sind geradezu lächerlich.

Doch lassen wir sie in Wortlaut folgen. Der Redner sagte:

„Ich stelle fest, daß die jetzt in M.-Glabbach und weiterer Umgebung übliche Taktik, mit dem freien Verbands zusammen keine Versammlungen bei Lohnbewegungen abzuhalten (auch keine sonstigen Versammlungen d. V.), nicht von den M.-Glabbacher Christlichen ausgehe, sondern zwei Zentrumsabgeordnete, Giesberts und ein anderer haben das System einer christlichen Vertrauensmännerversammlung in M.-Glabbach aufgetrieben. Es bestände in M.-Glabbach große Opposition bei den christlichen Mitgliedern gegen dieses System. Hat doch ein Mitglied für Aufhebung dieses Beschlusses 80 Unterschriften gesammelt. Darauf ist er in terroristischer Weise aus dem christlichen Textilarbeiterverbande ausgeschlossen worden! Einem anderen christlichen Verbandsmitgliede, das bereits 23 Unterschriften in christlichen Arbeiterkreisen gesammelt hatte, hat man mit dem Ausschluß gedroht!“

Was werden unsere Kollegen in M.-Glabbach sich ins Fäustchen lachen, wenn sie diesen über alle Maßen dummen Graß, bei welchem der Wunsch der Vater des Gedankens ist, zu Gesicht bekommen. Ich glaube, die werden mit dem Schreiber dieser Zeilen der Meinung sein, daß dieser Genosse eigentlich reichlich spät auf die Welt gekommen ist. Mit seiner phantastischen, prophetischen Geistesgabe würde er früher eine Rolle gespielt haben können. Vielleicht bei gewissen Leuten auch heute noch. Wir nehmen diesen Menschen gerne von seiner passigen Seite und freuen uns immer, wenn wir ab und zu einmal etwas von ihm hören. Er ist uns ein lieber alter Bekannter. Er hat nur immer das Bed, daß das gerade Gegenteil von dem zutrifft, was er eigentlich ausführt. So auch wieder in diesem Falle. Direkt unwahr ist es, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, daß der Abgeordnete Giesberts und ein anderer unbekannter Zentrumsabgeordneter mit dem angeführten Beschluß etwas zu tun haben. Sollte es dennoch ferner behauptet werden, dann sind wir gezwungen, das als freche und niederträchtige Lüge hinzustellen. Wir sind dann auch bereit, an anderer Stelle dafür den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Was nun die 80 und 23 Unterschriften angeht, so haben wir davon erst durch den Gaukonferenzbericht etwas gehört. Wo und wann die gesammelt sind, wissen wir, trotz eifriger Nachforschung, bis zur Stunde noch nicht. Hoffentlich wird uns das demnächst von dem Herrn Redner mitgeteilt. Dann die „große Opposition in den christlichen Mitgliederkreisen“. Ja, ein Jahr besteht schon dieser Beschluß. Große Opposition ist überhaupt nicht dagegen gewesen, und zwar deshalb nicht, weil die Mitglieder unseres Verbandes dieses getrennte Versammlungssystem selbst beschlossen haben. Aber Opposition würde in unseren Reihen direkt entstehen, wenn dieser Beschluß aufgehoben werden sollte. Zuguterletzt aber lieber Freund, geben wir die den Rat, nächstens nicht zu viel zu behaupten. Und sich zu, sagt Onkel Bräsig, „daß du die Nase im Gesicht behältst“.

Den Führern und Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes paßt der Beschluß nicht. Ihnen ist durch unser Vorgehen die Gelegenheit entzogen worden, ihre Phrasen an den Mann zu bringen. Daß der Mitglieder-rückgang des sozialdemokratischen Verbandes im hiesigen Bezirke mit unserem Vorgehen zusammenhängt, glauben wir annehmen zu dürfen. Einstweilen denken unsere Mitglieder noch gar nicht daran, von diesem einmal beherrschten Wege abzugehen, trotz Resolution auf der Gaukonferenz. Wollen aber unsere Gegner ehelich mithelfen an der wirtschaftlichen Besserstellung der Glabbacher Textilarbeiter, so haben sie hierzu Gelegenheit, sogar reichlich in den Kommissionsberatungen, wozu sie doch ständig, selbst wenn nur ein oder zwei Mitglieder ihres Verbandes in dem Betriebe beschäftigt sind, gezogen werden. Wir halten es eben mit dem Grundsatze, daß trotz aller Gegensätze es möglich ist, vorausgesetzt, daß man ohne jedwede Hintergedanken an die Arbeit geht, und nur die Interessen der Arbeiter fördern will, die Bewegungen gemeinsam zu führen. Daß wir dabei unsere Selbständigkeit wahren, und niemals uns von den Gegnern ins Schlepptau nehmen lassen, ist selbstverständlich.

### Allgemeine Rundschau.

Neuem, energischem Schaffen entgegen! . . . Es will in unserem Vaterlande teils durch Anpassung, teils aus schöpferischem Trieb eine neue gesellschaftliche Ordnung entstehen, welche die Werte der unterstinkenden Ordnung mit voller und wahrscheinlich verjüngter Kraft wiederum für die Volksgesamtheit nutzbar zu machen imstande wäre. Noch läßt sich schwerlich ahnen, in welchen äußeren Formen sich einst das Heimatgefühl der künftigen Geschlechter, ihr Mitempfinden mit den Schicksalen des Gemeinwesens, ihr Familiensinn, ihr ständiges Bewußtsein Ausdruck schaffen wird; aber kaum kann mehr zweifelhaft sein, daß alle diese sozialen Fähigkeiten, wenn vielleicht auch weniger örtlich gebunden, ihre die Einzelpersonlichkeit meißelnde Kraft wieder zu erlangen vermögen. Dem deutschen Volke hat die Natur nun einmal ungemein vielgestaltende Lebenskraft mitgegeben. Hierzu muß unsere Zivilisation als Stand auf der Höhe des christlichen Geistes kommen. Wie mächtig hat sich das Christentum auf den Trümmern der antiken Kultur erwiesen! Groß war auch sein Anteil an der Durchsetzung des Bürgertums als Stand auf der Höhe des Mittelalters, und stark wiederum der Beistand, den es in den sozialen Krisen gegen Ende jenes Zeitalters den bedröhten und geängstigten Kleinen Leuten brachte. Nach der radikalen Sturmflut des Jahres 1848 weckte die lebhafteste Bewegung, die im 19. Jahrhundert in beiden christlichen Konfessionen das kirchliche Leben aufrichtete, zugleich überall, wohin sie drang, ebeiste soziale Gesinnung. So dürfen wir auf die heilende und aufrichtende Gewalt des Christentums auch für die kommenden Zeiten der gesellschaftlichen Neuordnung unserer Nation harren.

Demgegenüber braucht die große Zahl der bei der Reichstagswahl schon aus radikaler Stimmung abgegebenen Stimmen noch nicht zu entmutigen. Gewiß ist sie groß genug, um uns zu warnen. Aber andererseits müssen diese Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden.

Aus „Hochland“: „Die radikale Krise im Reich“. Märzheft 1912.

Ein sonderbarer Vergleich. Die Zeitschrift der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, betitelt: „Der Arbeitgeber“ bringt in ihrer Nummer vom 1. März einen Vergleich, der entweder auf große Naivität oder etwas anders schließen läßt. Es handelt sich um eine Notiz, in welcher auf der einen Seite aus dem Organ des sozialistischen Metallarbeiterverbandes die Verhandlungsgegenstände einer Anzahl von Versammlungen angeführt werden. Dabei zeigt es sich, wie das Blatt hervorhebt, daß es sich bei all den betreffenden Versammlungen um Generalversammlungen oder Agitationsversammlungen, jedenfalls aber meist um solche Versammlungen handelt, in denen „gegen die Arbeitgeber“ gesprochen worden sei. Auf der anderen Seite erscheint dann das Programm der in demselben Zeitraum durch die Firma Krupp veranstalteten Arbeitbildungsgelegenheiten. Außer Stenographie und einem Vortrag über ein philosophisches Thema enthält dieses Programm fast nur Angaben über Turngelegenheiten. An diesem Vergleich wird dann die Bemerkung angeknüpft, es falle nicht schwer, sich darüber klar zu werden, wo die wohlverstandenen Arbeiterinteressen besser wahrgenommen würden.

Es kann nun nicht unsere Aufgabe sein, und es fällt uns übrigens auch gar nicht ein, die von dem sozialistischen Metallarbeiterverband gebrachten Veranstaltungen herauszuzutreiben. Darauf kommt es im vorliegenden Falle auch gar nicht an, denn die Tendenz der ganzen Notiz geht, kurz gesagt, darauf hinaus, das von dem gelben Werkverein auf geistigem Gebiete geleistete dem gegenüberzustellen, was die in unabhängigen Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft auf diesem Gebiete tut. Nun ist es ja wahr, daß die gewerkschaftlichen Generalversammlungen und auch die sonstigen Veranstaltungen der Gewerkschaften in der Hauptsache sich mit Agitations- und Propagandazwecken befassen. Damit ist aber der geistige Bildungswert, welcher der Arbeiterschaft aus diesen Versammlungen erwächst, durchaus nicht charakterisiert. Man braucht sich nur einige Zeit an den gewerkschaftlichen Veranstaltungen beteiligt zu haben, um zu wissen, wie tiefgehend die Fragen sind, die hier behandelt werden und zwar nicht nur mittels eines mehr oder minder theoretischen Vortrages irgend eines Akademikers, sondern in lebhafter, an der Praxis geschulter Auseinandersetzungen unter den Beteiligten selbst. Es ist deswegen auch gar nicht nötig, besonderen Nachdruck hierauf zu legen, weil die wissenschaftliche Literatur das Bildungsmoment innerhalb der Gewerkschaften rückhaltlos anerkannt und ein ernster Zweifel an den hervorragenden Leistungen der Gewerkschaft auf diesem Gebiet auf unvoreingenommener Seite nicht mehr anzutreffen ist. Was will dagegen besagen, wenn den Vertretern irgend ein Vortrag gehalten wird über Gebiete, an die ihre Bildung auch nicht annähernd herankommt? Denn diesen Leuten fehlt ja auf Grund ihrer ganzen sozialen Auffassung selbst der elementarste Ansat zu irgend einem geistigen Fortwärtstreben. Ein Arbeiter, der sich klar ist, über das, was er sich selbst und seinem Stande schuldet, wird dadurch schon von selbst dazu angetrieben, über seine vier Pfähle hinauszublicken und sich zumindest um das zu kümmern, was seinen Stand und dessen Stellung innerhalb des gesamten sozialen Lebens betrifft. Deswegen wird jeder Eingeweihte herzlich darüber lachen, wenn der „Arbeitgeber“ die Auffassung vertritt, als ob in den gewerkschaftlichen Versammlungen etwa nur oder in der Hauptsache nur gegen die Arbeitgeber geredet würde.

Die Gewerkschaften sind so eng in ihrem Denken und Tun mit dem allgemeinen geistigen und namentlich wirtschaftlichen Leben verknüpft, daß es sich für sie von selbst versteht, daß auch noch andere Fragen zu behandeln sind als nur etwa diejenige, wie man gegen die Arbeitgeber vorzugehen habe. Eine gewerkschaftliche Agitationsversammlung berücksichtigt zumeist die gegebene Lage der Arbeiterschaft auf den verschiedensten Gebieten, weil man eben davon überzeugt ist, nur auf diesem Wege erfolgversprechende Agitation betreiben zu können.

Streitregeln für die sozialdemokratischen Verbände. Die schwere Niederlage der Ruhrbergarbeiter ist durch die unsinnige, geradezu kopflose Taktik der sozialdemokratischen Führer verschuldet, das steht bei jedem Vorurteilslosen fest. Nur in der sozialdemokratischen und der ihr gesinnungsverwandten Presse versucht man diese verhängnisvolle Taktik zu verteidigen, um die Massen weiter irre zu führen und wenigstens nach außen hin den Schein zu wahren. So macht es

die Sozialdemokratie bei jedem Mißerfolg. Ende 1911 endete ein schwerer Kampf in der Porzheilmer Metallindustrie mit einer vollständigen Niederlage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Dessen Inhalt wurde der Ausgang des Kampfes in der sozialdemokratischen Presse beschönigt, die Streikleitung weit gewaschen wie ein unschuldiges Kind. Aber im „Zeitgeist“, einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Organ für Verbandsbeamte, schrieb ein „Genosse“, der dabei gemeint, rücksichtslos die Wahrheit. Der Streikausgang sei ein Mißerfolg, wie ihn der Deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband seit langem nicht verzeichnet, der um so bedauerlicher wäre, weil er leider durch Fehler der Streikleitung verschuldet sei. Gewiß sei der wirtschaftliche Kampf von einer Menge unberechenbarer Umstände abhängig, die keine Streikleitung alle voraussehen könne.

Andererseits gibt es aber, so heißt es weiter, ganz bestimmte Voraussetzungen, deren Nichterfüllung einen Mißerfolg von vornherein als wahrscheinlich voraussehen läßt und deren Erfüllung heute bei jedem Kampfe die erste Vorbedingung sein muß. Diese Voraussetzungen sind: 1. Auswahl des für uns günstigen Zeitpunktes. 2. Genaue Prüfung der eigenen Stärke wie der des Gegners. 3. Abwägung etwaiger Forderungen nicht nur nach ihrer Zweckmäßigkeit, sondern auch nach ihrer Wirkung auf den Gegner. 4. Genaue Beobachtung des Gegners und seiner taktischen Maßnahmen und der Wirkung unserer eigenen auf diese. Keine der als selbstverständlich bezeichneten Voraussetzungen war bei dem Kampfe gegeben.

Und trotzdem wurden die Arbeiter von der sozialdemokratischen Verbandsleitung, an deren Spitze der Bezirksleiter Vorhöfener-Stuttgart stand, in den Kampf getrieben, Tausende in Not und Elend gestürzt. Ein solches Treiben sozialdemokratischer Arbeiterführer ist nicht nur leichtfertig, nein, es ist gewissenlos. Wie würde das Urteil des sozialdemokratischen „Zeitgeist“ erst lauten, wenn er der Wahrheit über den verlorenen Ruhrbergarbeiterstreik die Ehre geben wollte!

Klassenkampf in den „freien“ Gewerkschaften. In bürgerlichen Kreisen, selbst bei ernst zu nehmenden Sozialpolitikern, ist noch häufig die Anschauung vorhanden, daß zwischen Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften doch ein wesentlicher Unterschied vorhanden sei; daß insbesondere die letzteren zur praktischen Gegenwartsarbeit gezwungen wären und infolgedessen nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen könnten. Wer die Entwicklung der sozialistischen Bewegung näher verfolgt und objektiv beurteilt, muß allerdings vom Gegenteil überzeugt sein. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften müssen notwendigermaßen Gegenwartsarbeit leisten, um die Massen bei der Stange zu halten, aber sie tun es nur mit der Zielsetzung, der Sozialdemokratie zu nützen. So betrachten sie z. B. die zur sozialdemokratischen Lehre im schroffen Widerspruch stehenden Tarifverträge als „Stappen auf dem Weg zum Endziel“. Am Klassenkampfprinzip halten sie unentwegt fest und machen auch gar keinen Hehl daraus. Kürzlich schrieb die sozialdemokratische „Polzarbeiter-Zeitung“ Nr. 7 vom 17. Februar 1912:

„Für Arbeiterschaft und Bürgertum gibt es kein Neben-, sondern nur ein Gegendinander! Man darf es niemals verwischen wollen, daß es sich hier um den Kampf zweier Klassen, zweier Weltanschauungen handelt, um einen Kampf, in dem es keinen Pardon gibt.“

### Die Textilkunst des Altertums.

Von H. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

#### I.

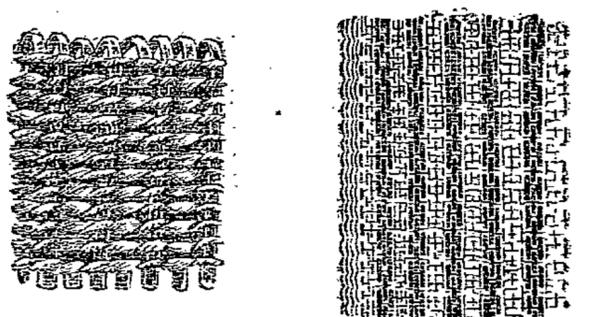
Zu den ältesten Sorgen der Menschheit gehört diejenige um die Bekleidung des menschlichen Körpers. Besonders in den Regionen der gemäßigteren Zone, wo der Mensch einem fortwährenden Wechsel von Sonne und Regen, von warmer und kalter Witterung ausgesetzt ist und wo er vor allem auch die winterliche Kälte zu fürchten hat, war von jeher die Beschaffung geeigneter Schutzkleidung gegen die verschiedenartigen Eigenheiten des Klimas und die Unbill der Witterung eine der stärksten Lebensnotwendigkeiten, die in ihrer Bedeutung gleich hinter dem unmittelbaren Nahrungsbedürfnis folgte. Daher finden wir die Aufzucht und Anwendung von Schutzkleidung bereits als eine der ersten und ältesten Fertigkeiten des zur Kultur emporgewandenen Menschen vor, die schon um Jahrtausende von Jahren vor Beginn jeder Zeitrechnung zurückreichen mag.

Das erste Kleidungsstück, das der Mensch anlegte, war das Tierfell, das mehrere Tausende von Jahren dem Menschen als Leib-, Kopf- und Fußbekleidung, als Lagerort, als Belag des Fußbodens, als Wand des beweglichen Zeltes in der Nomadenzeit, wie überhaupt als eine Art Universalmaterial für alle diejenigen Zwecke gedient haben mag, für die späterhin gewebte oder gewirkte Stoffe in Gebrauch kamen. Doch in dem Maße, als sich der Mensch aus der noch halb tierischen Lebensweise seiner frühesten Daseinsstufe herausarbeitete, machten sich ihm aus die Mängel und die Unzulänglichkeit der Fellbekleidung fühlbar, die im Sommer unerträglich heiß war, in der Winterkälte aber zu einem harten Panzer erstarrte, der ihn in seiner freien Bewegung behinderte. Ganz von selbst wurde so der Mensch auf die Suche nach einem Ersatz des Tierfelles, nach einem zweckmäßigeren Material zur Herstellung der Körperbekleidung, geführt. Er suchte und fand dieses in den Haaren der Tierhaut. An seinen Schaffern hatte er die Erfahrung gemacht, daß die im Sommer aus-

fallenden wolligen Haare der Tiere, die oft in ganzen, dichten Lagen den Erdboden bedeckten und hier von den Tieren festgetreten wurden, zu einer Art fester Decke verfilzten, die er aufnehmen konnte und als wärmendes Material schätzen lernte. Ganz von selbst wurde der Mensch so auf die Verwendung der Wollhaare der Tiere zur Erwärmmung seines eigenen Körpers geführt, indem er die ausfallenden Haare sorgfältig sammelte, späterhin sie dem Tiere aber auch selber ausrupfte und noch später, als ihm schon verbesserte Werkzeuge zur Verfügung standen, abschchnitt und das so erhaltene Material zu einem wärmenden Stoff- oder deckenförmigen Material zusammenballte, wobei sich die Haare von selbst verfilzten. So entstand der Filz, der zweifellos das erste Material gewesen ist, das der Mensch aus dem Wollhaar des gezähmten Schafes herzustellen lernte. Dann aber kam ein großer Fortschritt in der Verwendung und technischen Verarbeitung der Wollhaare, der darin bestand, daß der Mensch die einzelnen Haare, statt sie zu verfilzen, zu längeren Fäden knüpfte oder drehte und aus diesem Fadenmaterial neartige Gebilde zu flechten oder zu knüpfen lernte. Aus dieser Kunst des Flechtens und Knüpfens mag der Mensch gleichzeitig durch die verschiedenartigen Faserstoffe geführt worden sein, die ihm das Pflanzenreich von jeher darbot, wie die Fasern von Hanf, Flachs, Baumwolle, die Dornen, Palm- und Nesseln, die ganz von selbst zum Verflechten und Verknüpfen herausforderten. Spiel, zufällige Erfahrungen und gewiss auch ein Teil bewußter Erfindung führten im Laufe der Jahrhunderte schließlich dazu, das Fasern- und Fadenmaterial, aus dem schon so lange die verschiedenartigsten Knüpf- und Flechtwerke hergestellt wurden, so zu verflechten, daß Längsfäden dicht nebeneinander aufgespannt und Quersfäden ebenso dicht hineingeflochten wurden, wodurch ein dichtes, festes und doch zugleich ansehnlich weiches Material erhalten wurde. Mit dieser aus Spiel, Zufall und Ueberlegung im Laufe der Zeiten geborenen Kunstfertigkeit hatte der Mensch das Weben gelernt, hatte er die Grundlage der Textilkunst gelegt.

Schon auf den frühesten Kulturstufen und in den ältesten Zeiten, von denen uns die Geschichte überhaupt berichtet, finden wir Spinnen und Weben, die Herstellung gewebter Stoffe und die Verwendung dieser zu Kleidungs-

stücken und anderen Zwecken vor, und selbst bis weit in die vorgeschichtliche Zeit hinein, die uns nur durch Ausgrabungen und Funde notdürftig zur Kenntnis gekommen ist, finden wir diese Kunst vor. Aus der Pfahlbautenzeit Italiens, der Schweiz und auch Deutschlands, die um Jahrtausende von Jahren vor unserer Zeitrechnung zurückliegt, sind Reste von Gewebstücken vorgefunden worden, die bereits einen so hohen Grad der technischen Herstellung und Kunstfertigkeit aufweisen, daß man lange Zeit vermutete, diese Gewebe müßten aus einer viel späteren und fortgeschritteneren Stufe der Textilkunst stammen und seien nur durch Zufall in jene Fundstätten geraten, bis es gelang, jene Gewebe auf eigens zu diesem Zwecke hergestellten Webstühlen primitivster Konstruktion nachzubilden. Unsere Abbildungen 1 und 2 geben uns



zwei Gewebstücke aus der Pfahlbautenzeit wieder, die in der Schweiz aufgefunden worden sind. Das eine Stück ist ein noch sehr grob geflochtenes Gewebe, das Netze und Schuß deutlich hervorreten läßt, das andere Gewebstück hingegen ist bereits feinerer Art und zeigt bereits eine deutliche und sogar schon sehr kunstvolle Musterung, die durch ihre Symmetrie und Regelmäßigkeit überrascht. Dieses Gewebstück läßt also erkennen, daß der Mensch schon in frühester Zeit die Erzeugnisse der Weberei zum Gegenstand ornamentaler Verzierung und Verschönerung, zum Gegenstand der erwachenden kunstgewerblichen Betätigung gemacht hat.

Durch derartige Bekenntnisse wird nur erneut be-
stätigt, daß es zwischen Sozialdemokratie und „freien“
Gewerkschaften überhaupt keinen Unterschied mehr gibt.

Konzeptionierter Streikbruch. Bereits am dritten
Tage des unglückseligen Bergarbeiterkampfes sind zahl-
reiche Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes
wieder angefahren, wurden also eigentlich Streikbrecher.

Die Bechen verfassten am fünften Streiktag Karten,
daß sie dem sechs Schichten abziehen würde, der Samstag
nicht zur Arbeit komme.

Diese Karte gab vor allem der sozialistische Verband
heraus. Inzwischen befehlen die Sozialisten hein-
lich einem gewissen Teile ihrer Mitglieder, schon
am Samstag zur Arbeit zu gehen.

Arbeitskarte Nr. . . . des Verbandsbuches . . . Gültig
zur Arbeit auf Beche . . . Datum . . . Für die Streikleitung:
Stempel (Verbandsstempel).

Die zweite Seite lautet:
Zur Beachtung! 1. Diese Karte ist nur gültig, wenn die
erste Seite in korrekter Weise von der Streikleitung ausgefüllt
ist.

Diese Karte ist unterschrieben vom Vorstand des
sozialdemokratischen Verbandes. Die Bechen
bestätigen jetzt öffentlich, daß am Samstag, 16. März,
eine große Anzahl bekannter Sozialisten und Ver-
bändler angefahren ist.

Die Boken werden nunmehr hoffentlich erkannt haben,
daß sie an dem sozialdemokratischen Verbands einen sehr
schlechten Freund haben, daß für die Zukunft ihre Stellung
an der Seite des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter
sein muß.

Aber auch für den Hirsch-Dunderischen Verband und
all die übrigen streikenden Arbeiter bedeutet diese Hand-
lungsweise der sozialdemokratischen Verbandsleitung
einen ganz hinterlistigen Verrat.

Die Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“
während des Ruhrbergarbeiterstreiks. Die „Frank-
furter Zeitung“ ging bekanntlich während des Streiks
mit dem „Dreibund“ durch die dicken Wälder. Sie suchte
nicht nur den Streik zu rechtfertigen, sondern war auch
bestrebt, durch tendenziöse Meldungen die Situation der
Streikenden günstiger erscheinen zu lassen, wie sie in
Wirklichkeit war.

Bereitige und unklugliche „Spezialkorrespondenten“ der
Berliner und Frankfurter Blätter meldeten daraufhin mit
mehr Frigidität als Korrektheit, daß „also“ die Ber-

braucher, insbesondere die verbrauchende Industrie binnen
kurzem in die größte Verlegenheit kommen würden, ihre
Betriebe einschränken oder ganz stilllegen müßten. Die
Herren sahen natürlich nicht, daß außerdem nach Tausenden
zählende Wagenreihen, die in der amtlichen Statistik über
den Bechenverband natürlich nicht enthalten sind, vor den
zahlreichen großen Kohlenlagern des Syndikats auf-
gefahren waren — die Düsseldorf hatten das in Reiss-
holz sehen können, wo ein solches Lager seit Jahren auf-
gestapelt ist — die den Verbrauchern den Brennstoff mit
einem kleinen Lageraufschlag zuführten. Entgegen den
Alarmmeldungen, die aus den nackten Wagengestellungs-
ziffern falsche Schlüsse zogen, kann man wohl sagen, daß
während des ganzen Streiks kaum ein einziger Ver-
braucher in Verlegenheit gekommen ist und daß ins-
besondere die Meldungen der „Spezialkorrespondenten“
von Arbeiterentlassungen in der Eisenindustrie, vom Still-
legen von Fabriken und Hochöfen der reine Schwindel
waren. In Wirklichkeit sind die vorhandenen
Lager und Vorräte sogar kaum ernstlich an-
gegriffen, geschweige denn erschöpft worden.

Am meisten wurde über die Verwendung auf der
Wasserstraße und das Stillliegen der Schifffahrt gefabelt.
Schon am 12. März wußte die Frankfurter Zeitung zu
melden, daß „die Schleppschiffahrt von den Ruhrhäfen
nach dem Oberrhein fast völlig eingestellt“ sei. An dem-
selben Tage, an dem das telegraphiert wurde, gingen aus
den beiden großen Ruhrhäfen allein 64 Kohlenfahrzeuge mit
25 000 Tonnen Steinkohlen und außerdem noch 25 Schiffe
mit anderer Ladung ab, insgesamt also 89 Schiffe gegen
137 Schiffe am 5. März, der vom Streik nicht betroffen
war. Am 13. März, dem schlimmsten Streiktag, sind
aus den Ruhrhäfen 112 Schiffe, davon 73 Kohlenfahrzeuge,
mit 29 837 Tonnen gegen 50 000 Tonnen an normalen
Tagen abgegangen, und das nennt dann die Frankfurter
Zeitung, die ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit bei
dem jetzigen Streik wahre Tatsachen nachrichten
gebracht hat, die Schleppschiffahrt nach dem Oberrhein
sei völlig eingestellt! Jeder Morgenspaziergang am
Rhein hätte sie eines Besseren belehren können. Was
man übrigens einer Zeitung in solchen aufgeregten Zeiten
alles aufbinden kann, davon noch ein Beispiel. Unter
dem Datum des 19. März veröffentlichte die Frankfurter
Zeitung das folgende Privattelegramm aus Köln:

„Die Kohlenknappheit hat die Binnenschifffahrt in
Holland fast völlig lahmgelegt. Auch die Fahrt nach
Uebersee wird immer mehr eingeschränkt. Im Hafen
von Rotterdam liegen über 1200 Seedampfer, von denen
die meisten aus Mangel an Kohlen nicht fahren können.
Im Amsterdamer Hafen liegen etwa 150 Schiffe fest.“

Wenn schon der Berichterstatter gedankenlos Un-
sinn telegraphiert, so hätte sich doch die Redaktion
wenigstens einen Augenblick bedenken müssen, ehe sie so
etwas abdruckt. Zwölfhundert Seedampfer in einem
Hafen! Hat sich denn das Blatt nicht einen Augenblick
klar gemacht, was das bedeutet? Kein Hafen der Welt
ist groß genug, um außer all den anderen Fahrzeugen
zwölfhundert Seedampfer aufzunehmen. Die ganze See-
dampfschiffahrt Deutschlands ist heute etwas über 2000
Schiffe — die letzten Zahlen sind uns nicht zur Hand —
mit 4 Millionen Tonnen. Nun mache man sich eine
Vorstellung davon, was es heißen würde, in Rotterdam,
das vom Rheinschiffahrtsverkehr zum weitaus größten
Teile in Anspruch genommen wird, außer diesem Ver-
kehr und den See-Segelschiffen und Leichtern auch noch
weit mehr als die Hälfte der ganzen deutschen Dampfer-
flotte, der zweitstärksten der Welt, stillliegen zu haben.
Der Gedanke ist so absurd, daß man in einer Redaktion
wie derjenigen der Frankfurter Zeitung wirklich hätte
Anstoß nehmen sollen, so etwas zu veröffentlichen. In
Wirklichkeit lagen denn auch in Rotterdam in den Tagen
des Kohlenstreiks nicht etwa 1200 Seedampfer, sondern
im ganzen 200 Seeschiffe, einschließlich der Segelschiffe,
und „die meisten“ konnten auch nicht etwa „wegen Kohlen-
mangels nicht fahren“, sondern sie lagen da, um zu
lösen oder zu laden. Der sachkundige Rotterdammer
Berichterstatter der Zeitschrift „Der Rhein“ vom 21. März
sagt lediglich: „Der Streik im Ruhrrevier und in England
ist die Ursache, daß mehrere (!) Seedampfer im heiligen
Hafen stillgelegt wurden. Die Anfuhrer sind sehr stark
— die Schifffahrt ist also keineswegs „lahmgelegt“ —;
es ist heute vorgekommen, daß mehrere eingetroffene
Dampfer keinen Löschplatz finden konnten und warten
müssen, bis wieder ein Löschplatz frei ist. Es befinden
sich heute über 200 Seeschiffe im Hafen.“ Das also ist
des Budebs Kern. Man kann sich nach diesem Proben
klar machen, was alles in jenen aufgeregten Tagen un-
besonnen abgedruckt und — geglaubt worden ist. Denn
wie der Redaktion, so wird es auch wohl den meisten
Lesern der Frankfurter Zeitung ergangen sein. Sie haben
die „zwölfhundert“ Seedampfer gedankenlos verschluckt.

Der Streik war, das hätte sich jeder denkende Berg-
mann nach dem Ergebnis der drei ersten Tagen sagen
müssen, eine tödlicher verlorene Sache, und jeder Journalist,
gleichviel, welche Stellung er an sich zu den Forderungen
der Bergleute einnahm, hätte ihnen das nach drei Tagen
sagen sollen. Statt dessen wurde ihnen von einflussreichen
Blättern immer wieder gesagt, daß der Kampf aussichts-
reich sei und daß die öffentliche Meinung auf ihrer Seite
stünde. In Wirklichkeit war das letztere gar nicht der
Fall, und selbst freisinnige Redner im Parlament wie
Pachnide und Heßler wichen sehr stark und sehr deutlich
vor der einseitigen und jeder Objektivität und Unparteilich-
keit baren Stellungnahme ab, in die sich freisinnige
Blätter wie das Berliner Tageblatt und die Frankfurter
Zeitung hineingearbeitet hatten. Selbst als die Bechen
darauf hinwiesen, daß das unentschuldigste Fernbleiben
von der Arbeit die Bechen berechtigt, bei der Lohnzahlung
sechs Schichten in Abzug zu bringen, und als sie die

Frift zur straflosen Wiederaufnahme der Arbeit um weitere
drei Tage verlängerten, wurden sie in dem Glauben an
das siegreiche Ergebnis des Kampfes bestärkt. Wenn
sie jetzt nach dem bedingungslosen Zusammenbruch des
Streiks den Schaden haben, helfen ihnen jene Ratgeber
wahrlich nicht, den Verlust zu tragen.“

Diese Charakteristik ihrer Berichterstattung wird sich
die „Frankfurter Zeitung“ nicht hinter den Spiegel stecken.
Auf derselben Höhe standen übrigens auch die Tataren-
nachrichten, die das genannte Blatt über die Beweggründe,
die den Gewerksverein zu seiner Haltung bestimmt haben
sollen, in die Welt hinaus sandte.

Geld stinkt nicht. Eine Mitgliederversammlung der
sozialdemokratischen Partei in Stuttgart beschäftigte
sich u. a. auch mit der Mitarbeit von Parteigenossen an
bürgerlichen Blättern bzw. bürgerlichen Korrespondenz-
bureaus. Darüber berichten sozialdemokratische Blätter
(z. B. Leipz. Volksztg. Nr. 77) wie folgt:

„Von einer ganzen Anzahl Redner wurde betont, daß es
ein unhaltbarer Zustand sei, daß ein Genosse, der ein Reichs-
tags- und Landtagsmandat innehat, zudem noch die Chefredak-
teurstelle an der Schwäbischen Tagewacht bekleidet, über
Sitzungen von Landtagskommissionen an ein bürgerliches
Korrespondenzbureau Bericht erstattete, das eigene
Blatt dann die Korrespondenzabonnenten müsse,
um die Berichte des eigenen Chefredakteurs zum
Abdruck bringen zu können. Der Landesvorstand habe
nicht nur diese journalistische Tätigkeit des ihm unterstellten
Chefredakteurs in der Öffentlichkeit zu verteidigen gesucht,
sondern jenen Parteigenossen, die diesen Unfug
zu kritisieren wagten, auch noch mit den schärfsten
statutarischen Maßregeln gedroht. Solche Ein-
schränkungsversuche seien zwar verwerflich, hätten sich
doch offenbar mehrere Abgeordnete auf diese Art
einen Nebenverdienst verschafft, und im Landes-
vorstand sitzen drei Landtagsabgeordnete; das Recht der
Partei an solchen Zuständen ließen sich die Parteigenossen
aber auf keinen Fall nehmen. Eine entsprechende Resolution
wurde fast einstimmig angenommen.“

Recht nett; nicht wahr? Da spielen sich die Genossen
als unentwegte Klassenkämpfer auf. Nebenbei schreiben
sie um Geld für bürgerliche Korrespondenzbureaus,
abonnieren die Korrespondenz und drucken das selbst
Geschriebene im eigenen Blatt wieder ab. Den Partei-
genossen aber, die es wagen Kritik zu üben, stopft man
den Mund. Im jeden Augenblick aber schimpft man
über Gesinnungstümperei und Unterdrückung der freien
Meinungsäußerung in bürgerlichen Kreisen.

Unternehmerterrorismus. Die gewalttätige Unter-
drückung des Koalitionsrechtes erscheint manchem Unter-
nehmer noch immer als ein geeignetes Mittel, die ihnen
unbequeme Arbeiterbewegung nieder zu halten. Wie
kürzlich berichtet wurde, erließ die Textilfirma Karl
Fleer u. Co. in Rheindt an ihre Arbeiter die folgende
Bekanntmachung:

„Hierdurch fordern wir sämtliche Arbeiter und Arbeit-
rinnen auf, falls sie irgend einem Verbands angehören, sich
sofort bei demselben abzumelden, da wir nicht dulden, daß
bei uns beschäftigte Personen einem Verband angehören.
Alle bei uns in Arbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen
haben sich innerhalb 8 Tagen schriftlich zu verpflichten, daß
sie keinem Verbands angehören, widrigenfalls sofortige Ent-
lassung erfolgt.“

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die ge-
waltigen Strömungen unserer Zeit scheinen an diesem
Schlag von Unternehmern spurlos vorüber gegangen zu
sein. Sonst müßten sie durch die Erfahrungstatsachen
belehrt sein, daß mit solchen Gewaltmaßnahmen die Ge-
werkschaftsbewegung nicht aufzuhalten ist. Außerdem
setzen sich die Unternehmer mit einem solchen Vorgehen
stets dem Verdacht aus, daß sie bezüglich ihrer Arbeiter-
schaft kein ruhiges Gewissen, mithin das kritische Auge
der Organisation zu fürchten hätten.

Anarcho-sozialistische Einflüsse in der englischen
Bergarbeiterbewegung. Unmittelbar vor Beginn des
englischen Bergarbeiterstreiks stellte Abg. Giesberts in
einer Korrespondenz fest, daß die Bewegung auf eine
größtenteils „von außen hineingetragene Erregung“ zu-
rückzuführen sei. Begründet wurde das damit, es hätten
„radikale Elemente die Führung an sich gerissen, denen
es dann gelungen ist, die alten Führer aus ihren Stellun-
gen zu verdrängen. So sah sich die britische Föderation
zum Teil radikal, und zwar sozialistisch sich gebenden
Einflüssen innerhalb der Föderationsführung selbst, gegen-
übergestellt.“ Die sozialistische Ruhrpresse hat das in den
schärfsten Ausdrücken zurückgewiesen, obwohl der Be-
weis leicht zu erbringen ist. Schrieb doch der „Vor-
wärts“ (Nr. 302, 1911) schon am Tage nach Weihnachten,
es wäre nicht schwer, zu beweisen, daß „das treibende
Element in der sozialistischen Bewegung zu suchen
ist“. Der Engländer Pointner nennt (Sozialistische
Monatshefte Nr. 6, 1912) die Politik der Arbeiter in
Südnorfolk, von wo die heutige große Bewegung nach-
weisbar ihren Ausgang nahm, „das Ergebnis einer
starken syndikalistischen Propaganda“, die es auch
zur Folge hatte, daß die früheren Führer der Arbeiter
„inzwischen zugunsten streikbarer Führer zurücktreten“
mußten.

Eine fast tödliche Bestätigung aber finden die Gies-
bertschen Angaben durch einen Artikel des englischen
Korrespondenten des Korrespondenzblattes der General-
kommission der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands,
Weingary, der in Nr. 11, 1912 des genannten Ge-
werkschaftsblattes bestätigt, daß die Bewegung das Pro-
dukt „einer neuen Methode innerhalb der führenden
Elemente der Bergarbeiterbewegung“ sei und die alten
Führer „gegen Aufrollung dieses ganzen Kampfes“ ge-
weisen wären. „Das Stützpunktzentrum des ganzen Kampfes

ist Südwahlern; dort wurde der Kampfesplan von den sozialistischen Elementen der Gewerkschaft im Streit mit den Führern der alten Schule entworfen und der gesamten Föderation der Bergarbeiter aufgedrängt.“  
 Warum wohl die sozialistische Ruhrpresse gegen die gleichlautenden Angaben von Giesberts Sturm lief? Nun, weil daraus hervorging, daß der Ruhrbergarbeiterstreik nicht bloß als Demonstrationsstreik im Hinblick auf die englische Bewegung gedacht war, sondern daß er sogar direkt der sozialistischen Internationale dienen sollte. Und dazu sollten sich christliche Bergarbeiter hergeben? Das hieße ja das Messer an die eigene Kehle legen!

**Terrorismuskonstruktionen der Berliner Fachabteilungen.** Bei den Verhandlungen im Schneidergewerbe, die Ende Februar in Frankfurt stattfanden, sind die Berliner Fachabteilungen von den Beratungen ausgeschlossen worden. Das soll nach einem Bericht des Berliner „Arbeiter“ nicht bloß mit stillschweigendem Einverständnis, sondern sogar unter voller Zustimmung und auf Betreiben der Vertreter des christlichen Schneiderverbandes erfolgt sein. Tatsache ist nur, daß letztere die Ausschließung gebilligt haben. Der „Arbeiter“ jammert jetzt über den „Terrorismus der Christlichen“, den er sogar zu einer kulturkämpferischen Tat zu machen versucht. Dagegen anzugehen ist ebenso unnötig als zwecklos. Wenn sich die Vertreter des christlichen Schneiderverbandes mit dem Ausschluß der Fachabteilungen einverstanden erklärt haben, so geschah es aus guten Gründen. Die grundsätzliche Stellung der Berliner zum Streik macht es einfach unmöglich, daß sie als gleichberechtigte Teilnehmer bei Tarifverhandlungen angenommen werden. Kollege Stegerwald stellt die Zusammenhänge in einem Artikel der „Söln. Volkszeitung“ so dar:

„Bei Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern ist eine der ersten Voraussetzungen für den Erfolg, daß die verschiedenen Arbeiterorganisationen sich über einen bestimmten Plan einig sind. Führen dann die Verhandlungen nicht zu einem für die Arbeiter annehmbaren Ergebnis, und sind eine Anzahl sonstiger Voraussetzungen gegeben, dann bleibt schließlich nur noch die ArbeitsEinstellung übrig. Und hier versagen eben die katholischen Fachabteilungen. Ein Auseinandergehen der Arbeiterorganisationen in solchen Situationen ist das Schlimmste, was gemeinsam eingeleiteten Bewegungen passieren könnte; damit wäre der Erfolg eines Ausstandes meist schon vor seinem Beginn vereitelt. Aus diesen Erwägungen heraus wurde auch das Verhalten des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter bei dem letzten Ruhrbergarbeiterstreik bestimmt. Auf eine gemeinsame Lohnbewegung mit dem sozialdemokratischen Verbände hätte sich der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter an sich ganz gut einlassen können. Beide Verbände waren sich einig darüber, daß die Bechenbesitzer höhere Löhne zahlen könnten. Der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter hatte aber auf Grund der Verfassung und des Mitglieder- und Führermaterials des sozialdemokratischen Verbandes die begründete Befürchtung — und die Tatsachen haben ihm inzwischen recht gegeben —, daß eine gemeinsam eingeleitete Lohnbewegung mit unausbleiblicher Konsequenz zum Streik führe. Und weil die christlichen Bergleute in der gegenwärtigen Situation den Streik für verfehlt und aussichtslos hielten, sind sie von vornherein und nicht mitten in der Bewegung ihre eigenen Wege gegangen. Jetzt trifft den Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter auch kein Vorwurf für den Verlauf des Kampfes, weil die übrigen Verbände über das Verhalten der christlichen Bergleute frühzeitig und vor Beginn des Streikes unterrichtet waren.“

Sobald die katholischen Fachabteilungen die Vorbedingungen zu erfolgreichen Tarifverhandlungen erfüllt haben — womit sollen denn die Unternehmer zu Zugeständnissen bewegt werden, wenn letzten Endes die ArbeitsEinstellung als Druckmittel fehlt? — sind die christlichen Gewerkschaften gerne geneigt, mindestens in gleichem Maße mit Vertretern der katholischen Fachabteilungen als mit Sozialdemokraten und Christ-Ökumenischen Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Dann sind die katholischen Fachabteilungen auch erst nach den Begriffen der Arbeiter und der Sozialwissenschaft wirkliche Gewerkschaften.

Mit der Erwidnung des Anscheins, das letzte Verhalten der christlichen Gewerkschaften gegenüber den katholischen Fachabteilungen würde etwa aus grundsätzlichen oder gar kulturpolitischen Gesichtspunkten bestimmt, ist es also nicht. Im Gegenteil: es gibt selbst Arbeitgebertreue, die die Vertreter der katholischen Fachabteilungen wegen deren Verhaltens zum Streik zurückweisen. Vor Jahren wurde in einem Gewerbe ein ein großes Gebiet umfassender Tarifvertrag abgeschlossen. Als die katholischen Fachabteilungen bei dem Vorliegen des betreffenden Arbeitgeberverbandes beantragten, die katholischen Fachabteilungen sollten nachträglich zu dem Tarifvertrag, an dessen Zustandekommen sie nicht mitgewirkt hatten, zugelassen werden, und dieser Wunsch damit begründet wurde, daß die katholischen Fachabteilungen insbesondere ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erstreben, antwortete der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes: Ihre friedliche Absicht hilft uns nichts! Wir haben in unserem Gewerbe sehr viel Schmutzwasser, und viele eigenständige Arbeitgeber, die die Bedingungen des Tarifvertrages nicht erfüllen wollen. Gegenüber diesen Arbeitgebern müssen wir von den vertragsschließenden Gehilfenorganisationen fordern, daß sie durch Vertretungen und Streiks die allgemeinen Tarifvertragsbedingungen durchzuführen lassen.

In Frankfurt (Main) hatten allerdings die Arbeitgeber des Schneidergewerbes gegen die Teilnahme der Vertreter der katholischen Fachabteilungen an den Tarif-

verhandlungen nichts einzuwenden. Das ist leicht verständlich! Hier zerklüfteten sich die Verhandlungen, so daß den Arbeitgebern eine in der Luft liegende Uneinigkeit der Arbeiterorganisationen in ihrem eigenen Interesse sehr erwünscht sein mußte. Mit guten Absichten und „vermittelnder Tätigkeit“ allein wird das Wirtschaftsleben eines Millionenvolkes nicht reguliert.

## Aus unserer Industrie.

### Rundschau auf dem Textilmarkt.

Der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie hat im Februar einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen. Auf 100 offene Stellen kamen 118 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter, gegen 123 im Januar. Es ist nicht zu verkennen, daß die Besserung des Arbeitsmarktes ein langsameres Tempo eingeschlagen hat, als man nach seiner Gestaltung im Dezember etwa erwarten durfte. Seit November letzten Jahres ist die Aufwärtsbewegung ziemlich absolut gleich geblieben — von einer rascheren Vorwärtsbewegung ist nichts zu merken. Berücksichtigt man nun, daß die Textilindustrie mit fortschreitender Jahreszeit gewöhnlich vermehrter Arbeitskräfte bedarf, so will der jetzige geringe Aufschwung nicht viel bedeuten. Ein Blick auf die Lage der Textilindustrie befähigt uns in diesem Urteil. Wenn auch die Preise in den meisten Erzeugnissen durchaus fest sind, so ist nach der starken Belebung schon wieder — besonders in der Baumwollindustrie — eine abwartende Stille seitens der Konsumenten eingetreten, die auf den Arbeitsmarkt natürlich nicht günstig wirken kann. Vergleichlich mit dessen Gestaltung im Februar 1911, liegt allerdings zur Unzufriedenheit kein Anlaß vor, denn dort kamen auf 100 offene Stellen 170 Arbeitsgesuche.

Im Vergleich zum Markt männlicher Arbeitskräfte weist der für weibliche eine ganz ähnliche Entwicklung auf. 100 offenen Stellen standen im Februar d. J. 80 Arbeitsgesuche gegenüber, gegen 84 im Januar und 90 im Februar 1911. Die Besserung gegen das Vorjahr tritt also auch hier zwar nicht in gleichem Maße wie beim männlichen Arbeitsmarkt — erheblich in Erscheinung. Für den Februar berichteten 725 Arbeitsnachweise an das Reichsarbeitsblatt. Bei diesem sind aus unserer Industrie 1761 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 1490 offene Stellen und 1005 Vermittlungen gegenüberstanden. Im Januar stellten sich die Zahlen auf 2451, 1985 und 1659. Die Zahlen zeigen deutlich, daß eine wesentliche Veränderung auf dem Arbeitsmarkt nicht eingetreten ist.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit weist gegen den Vormonat eine Verbesserung auf, die den Rückgang, der vom Januar zu verzeichnen war, wieder vollständig weit gemacht hat. Auf 100 offene Stellen kamen bei den männlichen Personen 178 Arbeitsgesuche, gegen 192 im Vormonat und 210 im Februar 1912. Die günstige Entwicklung ist in erster Linie der stärkeren Bautätigkeit und der Entwicklung der Lederindustrie zuzuschreiben.

Auch der Markt für weibliche Arbeitskräfte hat einen lebhaften Aufschwung genommen. Im Januar kamen auf 100 Arbeitsgesuche 100 offene Stellen, im Vormonat dagegen nur 88! Der günstige Stand des gleichen Monats des Vorjahres, wo auf 100 offene Stellen nur 81 Arbeitsgesuche kamen, ist damit allerdings noch nicht wieder erreicht.

Bei den 725 (im Januar 731) Arbeitsnachweisen sind von männlichen Arbeitssuchenden 379 000 (378 000) Gesuche eingelaufen, denen 213 000 (197 000) offene Stellen und 135 000 (176 000) Vermittlungen gegenüberstanden; von weiblichen 75 000 (72 000) Gesuchen, denen 85 000 (72 000) offene Stellen und 46 000 (43 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Die starke Zunahme der offenen Stellen und Vermittlungen gegen den Vormonat, die unbedeutende Vermehrung der Arbeitsgesuche, sprechen hinreichend für die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Nachdem die Baumwollpreise den bekannten plötzlichen Sturz erfahren haben, hat sich nun wieder eine gewisse Festigkeit

eingestellt, die — von einigen kleinen Schwankungen abgesehen — den ganzen Monat März angehalten hat. Sie erstreckt sich nicht nur auf amerikanische, sondern auch auf indische und ägyptische Baumwolle. Bei der letzteren ist dies besonders zu betonen, da der englische Kohlenarbeiterstreik, der auch in der Textilindustrie viele Betriebe lahmlegte, eigentlich nach der entgegengesetzten Seite hätte wirken müssen. Die feste Haltung des amerikanischen Marktes insbesondere hat aber auch für die ägyptische Baumwolle preisfestigend und zum Teil preissteigernd gewirkt. Die Beendigung der diesjährigen bzw. letztjährigen Ernte gefaltet, das genaue Resultat des Ausfalls anzuführen. Nach dem Bericht des amerikanischen Regierungs-Zensus-Bureaus beträgt die auf 26340 Mähdlen entfallende Baumwolle über 16 Millionen Ballen, eine bisher noch nie erreichte Summe; 1910/11 waren es 11965962 und 1909/10 10386209 Ballen. Die beiden vorangegangenen schwachen Ernten erklären die glatte Aufnahme der diesjährigen gewaltigen Menge zu verhältnismäßig hohen Preisen. Die Versorgung Deutschlands mit Baumwolle weist in den ersten beiden Monaten dieses Jahres eine Steigerung von 30319 dz auf gegen die gleiche Zeit des Vorjahres — 557071 dz gegen 526752.

### Die gegenwärtige Gestaltung des Baumwollmarktes

gibt den Pflanzern eigentlich keine Ursache, mit dem Ergebnis unzufrieden zu sein. Die Preise sind infolge der Rekorderte natürlich zurückgegangen, aber nicht in dem Maße, daß der Anbau etwa unrentabel geworden wäre. Wenn trotzdem Bestrebungen im Gange sind, die Anbaufläche einzuschränken, so rühren diese von dem

Spekulantentum her, das ohne Rücksicht auf die Baumwollindustrie, nur durch die ermöglichte Steigerung der Preise gewinnen will. Nach einem Bericht des Kaiserl. Konsulats in New-Orleans ist die Vereinfachung der Südstaaten der Union zum Zwecke der Herabsetzung der Baumwoll-Anbaufläche für das kommende Jahr durchgeführt. Darnach sei eine Beschränkung um etwa 15% zu erwarten. Die Hoffnung der Drahtzieher, eine solche von 25% zu erhalten, hat sich also nicht erfüllt. Das Konsulat glaubt, daß die ganze Bewegung kaum einen Erfolg haben werde. Zwei Gründe sprechen dafür: der verhältnismäßig hohe Preis der jetzigen Baumwolle und die günstigen Vorbedingungen der kommenden Ernte, die besonders in den Witterungsverhältnissen des verfloffenen Winters gegeben sind. Mag sich nun diese Hoffnung erfüllen oder nicht — die ganze Bewegung zeigt deutlich die große Gefahr, in welcher die Baumwollindustrie durch die Abhängigkeit vom amerikanischen Baumwollmarkt schwebt. Angesichts dessen erfordern die Bemühungen, die auf einen reichlicheren Anbau von Baumwolle in anderen Staaten hinzuliegen, erneute Aufmerksamkeit. Besondere Verdienste hat sich in dieser Richtung der internationale Verband der (Baumwoll-) Spinner- und Webervereinigungen erworben. Er hat in verschiedener Weise auf die Baumwollkultur anregend gewirkt. Seiner Ueberzeugung nach ist in den das Land, das am geeignetsten ist, „um eine sofortige quantitative Erhöhung und qualitative Verbesserung zu erreichen“. (8. Zetan. Kongress am 8., 9. und 10. Mai in Barcelona.) Innerhalb 10 Jahren hat sich hier die Produktion um 2 Mill. Ballen vermehrt. Die Hoffnungen, die der deutsche Vertreter auf unsere deutschen Kolonien setzte, klangen nicht sehr zuversichtlich. Er meinte — und wohl mit Recht —, „daß jahrzehntelange Erfahrungen dazu nötig sein werden, um uns über alle dabei zu berücksichtigenden Punkte die wünschenswerten Klarheit zu verschaffen“.

Die Einfuhr Indiens betrug 1908/09 1903440 Ballen im Werte von 266874750 M., 1909/10 2490456 Ballen im Werte von 422240000 M. und 1910/11 2716000 Ballen im Werte von 473886450 M. Der bedeutendste Abnehmer indischer Baumwolle ist Japan, das 1910/11 758000 Ballen aufnahm, an zweiter Stelle steht Deutschland mit einer Einfuhr von 388000 Ballen.

### Der Markt in

#### Baumwollgarnen

ist sehr fest. Die Preise zeigen eher eine steigende als eine weichende Tendenz. Infolgedessen sind besonders zu Anfang März die Aufträge an die Spinnereien, die übrigens auf Monate hinaus beschäftigt sind, recht spärlich eingelaufen. In der letzten Zeit sind die Konsumenten wieder stärker mit ihrem Bedarf hervorgetreten, von der Ueberzeugung getragen, daß bei den festen Preisen des Rohmaterials mit einem Sinken der Garnpreise nicht zu rechnen sei.

### Das Ende der

#### Londoner und Berliner Wollauktion

hat eine gewisse Entspannung der Marktlage gebracht. Der Markt liegt verhältnismäßig ruhig. Während die Preise in überseeischen Wollen fest geblieben sind, haben die deutschen Wollen wegen ihrer geringwertigen Beschaffenheit einen Rückgang erfahren. Im allgemeinen kann die Lage der Wollindustrie nicht ungünstig beurteilt werden, wenn auch in einigen Zweigen z. B. in Kammgarn der erwartete Aufschwung nicht eingetreten ist. Die Einfuhr von Wolle hat im Februar eine bedeutende Steigerung erfahren — sie betrug (Merinowolle im Schweiß) 196196 dz gegen 154268 dz im Februar 1911. Der Markt in Kammgarn liegt ruhig, doch haben die Preise keinen Rückgang erfahren. In Kammlingen und Wollabfällen ist die Nachfrage sehr schwach, in Wollgarnen ist keine Meinung vorhanden, die Käufe beschränken sich auf die notwendigen Bedarfsdeckung, dagegen ist das Geschäft in Streichgarnen lebhafter. Die Preise sind fest. Die Wollweber sind gut beschäftigt, doch ist auch hier der Eingang neuer Aufträge ganz unbedeutend. Aus M.-Gladbach wird gemeldet, daß sich die Lage in den Buckskin-, Kammgarn- und Cheviotweberereien ständig bessere. Recht befriedigend liegt vor allem das Exportgeschäft, während der Inlandmarkt nur die notwendigen Bedarfskäufe vornimmt.

#### Die sächsische Wirkwarenindustrie

hat eine Veränderung gegen unsern letzten Bericht nicht erfahren. Die Strumpfwarenbranche ist in einzelnen Sorten sehr gut beschäftigt, während die Stoffhandelsbranche immer noch darniederliegt.

#### Flachs und Leinen.

Wie die Einfuhr von andern Rohstoffen, so ist auch die des Flachses im Februar gegen den gleichen Monat des Vorjahres bedeutend gestiegen. Sie betrug im Februar 1911 81160 dz, im Februar d. J. 112359 dz. Das Ergebnis der russischen Flachsenernte hat stark enttäuscht — die zur Ausfuhr verfügbare Menge dürfte kaum größer sein als 1910/11. Bedenkt man noch, daß die Zufuhr aus Rußland durch verschiedene Umstände fast gehemmt ist, so ist die Preissteigerung dieses Rohstoffes nicht verwunderlich. Der Konsum hat sich wegen der hohen russischen Forderungen in verstärktem Maße dem französischen und belgischen Flachs zugewendet. Die Nachfrage nach Flachs- und Werggarnen ist dauernd sehr lebhaft, die Preise haben sich weiter befestigen können. Die sächsische Leinenindustrie ist sehr gut beschäftigt — ein starker Abnehmer ist hauptsächlich in der Wäschekonfektion entstanden. Die Lager sind überall sehr klein, was auf eine günstige Entwicklung des Geschäftes schließen läßt.

#### Die Juteindustrie

setzt ihre Aufwärtsbewegung fort. Jute ist nicht unerheblich im Preise gestiegen. Der Verband deutscher Jute-

Industrieller hat ebenso wie der österreichische Verband eine Erhöhung der Preise für Garne und Gewebe ein- treten lassen.

Seidenindustrie

lauten die letzten Nachrichten etwas günstiger. Die Aenderung der Mode, die Seide wieder mehr bevorzugt, läßt erwarten, daß die Entwicklung in diesem Jahre eine günstigere ist als im vergangenen. Darauf läßt auch die Versorgung Deutschlands mit Rohseide schließen, die im Februar d. J. 746 dz mehr betrug als im gleichen Monat des Vorjahres (6111 gegen 5365 dz).

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Vorstände und Vertrauensleute!

Um eine gründliche Aufklärung über den Bergarbeiterstreik

in weiten Kreisen der Arbeiterschaft zu verbreiten, hat der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter eine Broschüre herausgegeben, in der Ursache, Verlauf und Ende des Kampfes sowie seine Begleiterscheinungen systematisch dargestellt sind. Die Zentrale verspricht demnächst an unsere

Vorstände und Vertrauensleute

einige Exemplare der Broschüre gratis. Die Vorstände und Vertrauensleute werden dagegen gebeten, für den Vertrieb der Broschüre in weiteren Mitgliederkreisen eifrig besorgt zu sein. Sie kostet nur 10 Pfg. Bestellungen sind an die Geschäftsstelle in Düsseldorf zu richten.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Haaren b. Aachen.

Günstig verlaufene Lohnbewegung. Die Ende vorigen Jahres bei der Firma Haarener Tuchfabrik G. m. b. H. eingeleitete Lohnbewegung ist am 30. März zu Ende geführt worden.

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, weil die Firma eine Zeitlang zu keinen Zugeständnissen bereit war. Durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes und durch Verhandlungen unseres Bezirksleiters, Kollegen Weber, gelang es schließlich die Firma zu Zugeständnissen zu bewegen.

Die Firma vereinbarte mit dem Arbeiterausschuß einen neuen Tarif, welcher u. a. folgende Verbesserungen bringt.

- a) Erhöhung des Grundlohnes um 1/2 Pfg. pro 100 Schuß, für alle Arbeiten über 5000 Faden.
b) Für alle verarbeiteten Kämmen 1/2 Pfg. mehr. (Bisher wurde nur ein begrenzter Teil der Kämmen als vererht bezahlt.)
c) Ein von den Webern gewünschter Mustertarif gelangte zur Annahme.
d) Eine Lage für Ueberstopflöhne wurde eingeführt.
e) Für besseres Material soll Sorge getragen werden.
f) Den Webern wird der Einschlag gedämpft an die Stühle gebracht.
g) Es werden eine Anzahl betriebstechnische Einrichtungen und Verbesserungen eingeführt, die günstig auf die Lohnverhältnisse wirken müssen.

Bei der Firma sind über 150 Weber und Weberinnen beschäftigt, von denen immer noch ein Teil unorganisiert ist. Hätten alle dort beschäftigten Arbeiter so gedacht wie diese, so wären die annehmbaren Erfolge nicht zu verzeichnen gewesen.

Offentlich kommen sie jetzt zur Einsicht.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Ruhrbergarbeiterstreik und Furcht der Roten vor der Aufklärung. Zu einer von den christlichen Arbeitern einberufenen und sehr stark besuchten Arbeiter- und Bürgerversammlung, in welcher der Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter Deutschlands, Kollege Nienecker-Frankfurt a. M., über Ursachen, Begleiterscheinungen und Ausgang des Bergarbeiterstreiks referierte, hatten sich unter Führung des Sekretärs Trimborn vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande mehrere hundert „Genossen“ eingefunden. Und zwar uneingeladen, denn auf allen Einladungen zur Versammlung waren ausdrücklich nur die christlich und national gesinnten Arbeiter und Bürger ersucht worden, die Versammlung zu besuchen. Wie die den Sozialdemokraten trotzdem bereitwillig gewährte Gastfreundschaft von diesen mißbraucht wurde, darüber etwas im Nachhinein:

Schon geraume Zeit vor Eröffnung der Versammlung war Herr Trimborn vom Kollegen Müller vom christlichen Textilarbeiterverbande in Gegenwart von Zeugen auf Verlangen die Erklärung abgegeben worden, daß unbeschränkte Redefreiheit gewährt würde, moink sich Trimborn auch vorläufig zufrieden gab. Jedoch die Versammlung war kaum eröffnet und durch Kollegen Koppelt dem Referenten das Wort erteilt, als wie auf Kommando aus mehr wie hundert Genossenfehlen der Ruf erschall: Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung! Das Wort wurde zunächst einem der lautesten Rufe im Streite, Herrn Geiger, dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in Bamberg, erteilt, der aber auch nichts anderes verlangte, als was Herr Trimborn schon vor der Versammlung verlangt hatte und was diesem auch sofort zugestanden worden war. Sofort, nachdem unter den uneingeladenen und ungebeten „Gästen“ etwas Ruhe eingetreten war, wurde vom Versammlungsleiter die bestimmteste Zusicherung gegeben, daß unbeschränkte Redefreiheit für jedermann gewährt würde. Jedem, der nur einmal in seinem Leben das Werkchen „Umgang mit Menschen“ von Knigge gelesen hat, würde diese bestimmte Zusage genügt haben, die Bamberger Sozialführer wollten aber noch mehr. Herr Pfeifer von den Sozialdemokraten verlangte und erhielt auch sofort das Wort zur Geschäftsordnung. Er erhob die Forderung, daß sofort nach dem Referenten auch einem seiner Leute unbeschränkte Redefreiheit gewährt werden solle. Noch ehe es aber dem Versammlungsleiter

überhaupt möglich war, öffentlich zu erklären, daß man auch gerne nach dem Referenten einen der anwesenden Gegner zu Worte kommen lassen wolle, schnellte der vorgenannte Herr Geiger auf und forderte, obgleich ihm gar nicht das Wort erteilt worden war, in einer kurzen Ansprache seine Anhänger auf, mit ihm das Lokal zu verlassen. Während und fortwährend schreiend zogen die Sozialdemokraten mit ihrem waderen „Feldmarschall“ Trimborn ab. Die Versammlung, an der, nachdem die Roten sie verlassen hatten, noch mehrere hundert Bürger und Arbeiter teilnahmen, nahm dann einen ruhigen Verlauf. Eine Resolution, in der die arbeiterschädigende Taktik der sozialdemokratischen Verbandsführer scharf verurteilt wurde und dem Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter für sein Verhalten bei der letzten Bergarbeiterbewegung vollste Anerkennung ausgesprochen wurde, fand einstimmige Annahme.

Dieses neueste sozialdemokratische Spektakelstück, das Herrn Trimborn in seiner ganzen „Größe“ und seine bedauernden gedankenlosen Nachläufer so recht in ihrem blinden Parteifanatizmus zeigte, war, wie jedem Kenner der roten Versammlungstaktik sofort offenbar wurde, nur aus dem Grunde planmäßig vorbereitet worden, um die getreuen Schäflein im sozialdemokratischen Lager nur gar nichts wissen zu lassen von der unverantwortlichen und gewissenlosen arbeiterschädigenden Taktik der roten Führer im Ruhrbergbau. Schon am Tage vor der Versammlung wurde durch „frei“ Organisierte den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften gedroht, man werde in die „Christenversammlung“ kommen und daraus eine zweite Rosenau-Versammlung machen. In der Restauration „Rosenau“ hatten vor zwei Jahren die Herrschaften für „Freiheit“ auch aus Furcht vor der Aufklärung der Arbeiter durch die Führer der christlichen Gewerkschaften eine Versammlung gesprochen und auch diesmal war eine Mundtotmachung der christlichen Arbeiterführer durch ein terroristisches Vorgehen der „feingebildeten“ und „wohlerzogenen Freien“ beabsichtigt. Das provozierende Auftreten der sozialdemokratischen Führer in der Versammlung und das ungezogene Benehmen ihrer Gefolgschaft lieferten dafür genug Beweise.

Nach diesem mehr wie blamablen Vereinfall versuchen die Sozialführer in ihrer Presse eine Meinwaschung. In ihrer Not nehmen die Leute wieder ihre Zuflucht zu Entstellungen und Unwahrheiten. So wird z. B. im Märzburger roten „Volksfreund“ ganz dreist behauptet, der Versammlungsleiter Koppelt habe in der Versammlung auf ihre Anfrage den „Freien“ erklärt, daß bereits drei christliche Diskussionsredner eingezeichnet seien. Nach dem Verlassen des Saales durch die „Freien“ wären in der Versammlung höchstens noch zwei Duzend Arbeiter anwesend gewesen. Der übrige Teil der Versammlungsteilnehmer habe aus einem halben Duzend christlicher Gewerkschaftsführer bestanden usw.

Die angebliche Behauptung des Versammlungsleiters, Kollegen Koppelt, es hätten sich schon drei Diskussionsredner eingezeichnet lassen (der rote Kritiker wird doch damit wohl die Nebenredner gemeint haben? D. B.) hat wohl außer dem Herrn Trimborn, in dem wir stark den Schreiber des ganz entstellten und unwahren Berichtes im roten „Volksfreund“ vermuten, kein anderer Versammlungsbesucher gehört. Und was der angeblich schlechte Versammlungsbesucher durch die christlichen Arbeiter anbelangt, so muß auch hier ohne Zweifel eine Verwechslung durch Herrn Trimborn vorliegen mit einer Reihe von Versammlungen, die ein Fräulein Hoppe aus Berlin in den letzten Tagen hier und in der Umgegend für die „Freien“ abgehalten hat und die alles in allem nur von einigen Duzend „Freien“ besucht waren. Wenn der rote Kritiker die Kollegen Nienecker, Koppelt und Müller, die von christlichen Gewerkschaftsführern tatsächlich nur in der Versammlung anwesend waren, gleich für ein halbes Duzend christlicher Gewerkschaftsführer angesehen hat, so bleibt nichts anderes als nur die eine Annahme übrig, daß dieser arme, bedauernswerte Mann in seiner Angst die drei Kollegen doppelt gesehen haben muß.

Es war den roten Herrschaften gar nicht um eine freie Aussprache zu tun, denn sonst wären sie dieser nicht ohne alle Veranlassung aus dem Wege gegangen. Herr Geiger, der zuerst in der Versammlung unbeschränkte Redefreiheit forderte, hat noch in einer im vorigen Jahre vom christlichen Holzarbeiterverbande abgehaltenen öffentlichen Versammlung gleich nach dem Referenten Kollegen Schwarzer-München, frei und unbehindert diskutieren können, und hat auch tatsächlich von dieser Redefreiheit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Warum also jetzt dieses sozialdemokratische Spektakelstück? Nur weil man allen Grund hatte, die Aufklärungsarbeit der christlichen Arbeiterführer zu fürchten. Und daß diese Furcht vor der Aufklärungsarbeit der Führer der christlichen Gewerkschaften nicht nur allein unter den Bamberger Sozialführern tatsächlich besteht, geht daraus hervor, daß in der Nummer 74 vom 29. März die sozialdemokratische „Münchener Post“ die Parteigenossen und modern organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Besuche jener Versammlungen, wo christliche Arbeiterführer über den Ruhrbergarbeiterstreik referieren, gewarnt und dringend aufgefordert hat, „diese Versammlungen streng zu meiden“. Und wenn der rote Artikelschreiber zum Schluß seines Nonstrums im roten „Volksfreund“ die christlichen Arbeiterführer noch als Judasse glaubt beschimpfen zu müssen, so sagen wir ihm ganz ruhig, daß zu einer solchen unqualifizierbaren Beschimpfung nicht so viel Mut gehört, als wie dazu, in öffentlicher Versammlung Beweise für die den Gegnern zu Unrecht gemachten Vorwürfe zu erbringen. Dann ist es auch genug bekannt, daß von den Sozialführern alle diejenigen Arbeiterführer als „Verräter“, „Judasse“, usw. beschimpft werden, die den Roten nicht wie die Hunde willig aus der Hand freifen, sondern trotz des roten Terrors ihre Selbstständigkeit wahren. Mit schimpfen über „Judasse“, „Niedertracht“, „Verrat“ usw. der christlichen Führer läßt sich das frivole Spiel, das die Sozialdemokraten tatsächlich in den letzten Wochen mit den Interessen der Ruhrbergleute getrieben haben, nicht wegdisputieren.

Fulda. Der jüngste Riesenstreik im Ruhrbergbau war mit ein Punkt, der auf der Tagesordnung unserer letzten Generalversammlung stand, aber trotzdem glänzte wieder eine Anzahl Mitglieder durch Abwesenheit. Einige davon waren am Erscheinen verhindert und hatten sich ordnungsmäßig beim Vorsitzenden entschuldigt. Nach Begrüßung der Versammelten durch unsern Vorsitzenden Kollegen Alt und nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Formalitäten wurde zur Wahl eines Kassierers geschritten. Unser bisheriger Kassierer, Kollege Wiegand, ein langjähriger und opferfreudiges Vorstandsmitglied, war aus dem Grunde genötigt sein gewöhnlich verwaltetes Amt niederzulegen, weil er von hier mit seiner Familie verjogen und auswärts in Arbeit getreten ist. Als sein Nachfolger im Amte ging einstimmig aus der Wahl hervor der ebenfalls langjährige zweite Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Hillenbrand. Als zweiter Kassierer wurde einstimmig Kollege Loos gewählt.

Nach einer kurzen Würdigung der uneigennütigen und aufopferlichen Tätigkeit des Kollegen Wiegand im Dienste unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung durch unsern Vorsitzenden, referierte unser Bezirksleiter, Kollege Müller aus Bamberg, über die Ursachen, Begleiterscheinungen, Wirkungen und den für die sozialdemokratischen Führer unheilvollen Ausgang der Bergarbeiterbewegung. An der Diskussion beteiligten sich außer dem Vorsitzenden in erfreulicher Weise auch noch eine Anzahl Mitglieder. Es zeugte von dem Wohlwille dieser Kollegen, daß sie als Hauptlehre aus den letzten Vorgängen auf wirtschaftlichem Gebiete die innere Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen bezeichneten und sich unaufgefordert und rüchhaltlos für die allgemeine Einführung von Lokalbeiträgen in unserm Verbands aussprachen. Die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse würde die gewerkschaftlichen Organisationen noch zwingen, etwas mehr als bisher auf die Ansammlung und Vermehrung des Vermögens der Arbeiterverbände bedacht zu nehmen, so wurde von einigen Kollegen in der Diskussion ausgeführt: Wenn die Mitglieder wegen der Einführung von Lokalbeiträgen dem Verbands den Rücken kehren würden, um zu sparen, so wäre diese Sparsamkeit unangebracht, da in den Fällen, wo es den organisierten Arbeitgebern gelingen würde, durch wirtschaftliche Maßnahmen, wie Lohnsenkungen, die Arbeiterorganisationen zu schwächen, die Arbeits- und ganz besonders aber die Lohnverhältnisse verschlechtert würden. So könne es vorkommen, daß die Arbeiter zehnmal und noch mehr als was sie nach ihrem Austritte aus dem Verbands an Beiträgen sparen würden, in den recht tiefen Beutel des Kapitalismus zahlen müßten. Die Versammlung trug sehr viel bei zur Aufklärung über die Vorgänge und das einwandfreie Verhalten des Gewerkschaftsrats christlicher Bergarbeiter aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks, wie aber auch zur Frage der allgemeinen Einführung von Lokalbeiträgen in unserm Verbands.

Greiz. Ueber die Entwicklung der hiesigen höheren Webeschule sagt der Geschäftsbericht folgendes: „Als gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts auch in Deutschland der mechanische Webstuhl mehr und mehr aufkam, war Greiz einer der ersten Industriorte, an denen man sich dieser produktiveren Erzeugung zuwandte. Die gleichzeitige Entwicklung der Verkehrswege und die damit verbundene Verbilligung der Rohmaterialien, Hand in Hand mit dem wachsenden Wohlstand, bewirkten die Erhöhung des Konsums im eigenen Lande. Handelsverträge ermöglichten den Export in überseeische Staaten, sodaß dem allmählichen Ausblühen unserer Großindustrie die Wege geebnet waren. Gleichzeitig aber wuchsen die Aufgaben, die dem Weber, dem Fabrikanten gestellt wurden. Kollektionen — reichhaltig in Farbe, Musterung und Bindung — mußten zusammengestellt werden, von denen der frühere Handwebwaren-Erzeuger noch nichts gewußt hatte, erstere Ausführung der Stoffe wurde Pflicht, und nur wer sich eine das bisherige Maß übersteigende fachliche Bildung zu eigen machte, konnte sich behaupten. Um der rasch ausblühenden Industrie die nötigen fachlich geschulten Hilfskräfte zuführen zu können, beschloß im Jahre 1850 eine Anzahl Industrieller die Gründung einer Unterrichtsabteilung für praktische Weberei — im damaligen Webemeisterhaus, dem heutigen alten Landgerichtsgebäude —, und es ist bezeichnend für die Wichtigkeit, die dem Fachschulwesen schon damals beigemessen wurde, daß es Industrielle selbst waren, die zu jener Zeit den Unterricht in den Abendstunden erteilten. In gemieteten Räumen, mit den bescheidensten Mitteln, mit einem für heutige Verhältnisse beispiellos geringen Etat leistete die Schule dennoch Großes, und ein verhältnismäßig großer Teil der Inhaber oder Gründer der heutigen Weltfirmen erhielten hier ihre technische Ausbildung. Der allgemeine Aufschwung der deutschen Industrie nach der Schöpfung des Deutschen Reiches fand in Greiz einen wohl vorbereiteten Boden, und die thüringische Kleiderstoff-Industrie nahm in erster Linie Teil an den Erfolgen Deutschlands auf dem Weltmarkte. Nach Einführung des mechanischen Webstuhls konnte die auf Handweberei berechnete Unterrichtsabteilung nicht mehr genügen. Den Bestrebungen des am 5. Juli 1879 gegründeten Webeschulvereins waren die Förderungen der heimischen Industrie zu verdanken, die schließlich in die Gründung einer Webeschule am 15. Oktober 1879 sich verkörperten. Diese Webeschule konnte am 25. September 1889 ein eigenes Heim beziehen, daselbe Heim, welches man jetzt verläßt, um den neuzeitlichen Bau der höheren Webeschule in Benutzung zu nehmen.“

Krefeld. Kneifende Genossen. Es war vorauszu sehen, daß die vom christlichen Kartell einberufene große öffentliche Versammlung in der Reichshalle den Genossen auf die Nerven fallen und bei den Genossenführern einen Wutausbruch auslösen würde. Diese Wut zeigte sich so recht in einem den Schreiber charakterisierenden Artikel, der vor der Versammlung des christlichen Gewerkschaftskartells in der sozialdemokratischen „Volkstribüne“ erschienen und der überschrieben war: „Zeige und gemeine Christen“. In diesem Artikel wurde versucht, die in aller Öffentlichkeit angeführte, und auch als öffentliche einberufene Versammlung in eine „geschlossene“ Christenversammlung umzuwandeln. Der Zweck dieser Uebung war, die Öffentlichkeit zu beschwenden und die Genossen vom Besuch dieser Versammlung abzuhalten. Wir hätten keinen Anlaß gehabt, auf diesen Artikel einzugehen, wenn nicht die Genossenführer sich zu diesem schimpfenden Artikel in schroffen Gegensatz gesetzt hätten. Der Genossenführer Thabor hatte nämlich in der Genossenversammlung in der Königsburg am 21. März u. a. ausgesprochen: „Wir sind auch bereit, in jeder von den Gegnern einberufenen Versammlung Rede und Antwort zu stehen“. Um den Genossen nun Gelegenheit zu geben, den Wahrheitsbeweis für diese wohlfeile Behauptung anzutreten, bot das christliche Gewerkschaftskartell den Genossen durch Schreiben vom 26. März (unterzeichnet Wilhelm Bonas) an, „daß einer von uns (dem christlichen Kartell) in der nächsten Zeit einberufenden öffentlichen Versammlung teilzunehmen. Der Verlauf der Versammlung soll folgender sein: zuerst redet unser Referent, nach diesem würde einer von Ihnen genau dieselbe Redezeit haben. Als Referent kann jeder Beliebige, auch von auswärts, auftreten. Thema: Bergarbeiterbewegung. Nach den Referenten sprechen abwechselnd von jeder Seite vier Diskussionsredner je eine Viertelstunde. Resolutionen oder sonstige Entschlüsse werden nicht angenommen.“

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß es uns nur darauf ankam, durch eine kontroverbierte Auseinandersetzung vor aller Öffentlichkeit den Beweis zu erbringen, auf welcher Seite der Arbeiterverrat zu suchen ist. Man dürfte mit Recht annehmen, daß die Genossen, die doch sonst den Mund so voll nehmen, die Gelegenheit beim Schopfe fassen und den „Christen“ in einer von christlicher Seite einberufenen Versammlung den angeblichen Arbeiterverrat beweisen würden. Aber weit gefehlt, — jetzt, wo denselben die Gelegenheit geboten wurde, fällt ihnen das Herz in die Hose und sie — kneifen. Das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell lehnt nämlich in einem Schreiben vom 29. März die Teilnahme an einer vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung ab, indem es allerlei ungerimfte Redewendungen macht, so z. B. „daß ganze Anerbieten widerstrebt unserm Takt-

gefühl und Reinlichkeitsempfinden. Und komischer Weise laden dann die Genossen die Christlichen ein, zu ihnen zu kommen. Also die reinsten Kinderleien!

Der Latbestand ist also nun folgender: Die Christlichen haben die Genossen zu einer gemeinsamen Versammlung eingeladen, die Genossen haben das aber abgelehnt; die Christlichen könnten ja die Versammlung der Genossen am Montag abend besuchen! Selbstverständlich müssen die Christlichen eine derartige Einladung nun erst recht ablehnen.

Zeit a. M. Einen guten Besuch hatte unsere am Sonntag, den 24. März, stattgefunden Versammlung aufzuweisen. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung Wahl eines Kassierers. Die Kassiererin Kollegin Jünger, die schon mehrere Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit aller Mitglieder dieses Amt verwaltete, wird leider nach ihrer Verheiratung unsern Ort verlassen. Der bisherige Schriftführer, Kollege Barth, wurde durch Jurauf einstimmig als Kassierer gewählt. Hierauf ergriff Kollege Müller aus Bamberg das Wort, um die Verdienste der Kollegin Jünger um unsere Ortsgruppe gebührend anzuerkennen und sich von der Versammlung den Auftrag geben zu lassen, der am Erscheinen verhinderten Kollegin auch persönlich den Dank der Ortsgruppe für ihre Mühewaltung abzulassen und im Auftrage der Versammlung der Kollegin die besten Glückwünsche zu ihrer Verheiratung zu übermitteln. Alsdann verbreitete sich Kollege Müller in längerer Rede über die Lehren aus dem beendeten Streik der Ruhrbergarbeiter und erntete für seine überzeugenden Ausführungen reichen Beifall. Da eine Diskussion über den Vortrag nicht beliebt wurde, besprach unser Referent noch eingehend die Notwendigkeit der geistigen Schulung und Bildung der Arbeiter, und forderte insbesondere die jüngeren Kolleginnen und Kollegen auf, sich an einem praktisch-sozialen Unterrichtskursus rege zu beteiligen, der an den Sonntagen in den Monaten Mai, Juni und Juli in Bamberg abgehalten würde. Nachdem auch noch der Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Feiler, im Sinne der Ausführungen des Referenten sich geäußert und erklärt hatte, daß der Ausschuß zu der fraglichen Angelegenheit noch Stellung nehmen und dafür sorgen würde, daß auch die Ortsgruppe Zeit eine Anzahl Teilnehmer zum Kursus stellen würde, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

### Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Wirtschaftsjahr 1911. Der Geschäftsgang der Banken zeigt den Rückschlag des wirtschaftlichen Lebens. Diese Geldinstitute betreiben die Geldvermittlung an Unternehmern verschiedener Art. Sie sind vielfach Anreger und auch Selbstunternehmer von Industrie- oder Handelsunternehmungen. Wird von den Banken viel Geld umgekehrt, so darf angenommen werden, daß auch das Wirtschaftsleben ein reges ist. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist also die Größe des Bankverkehrs für jeden Wirtschafts- und Sozialpolitiker sehr interessant. Es sollen deshalb hier zunächst einige Ziffern aus dem Verwaltungsbericht eines der größten Geldinstitute, der Reichsbank, gegeben werden.

Nach dem genannten Bericht betragen die Gesamtumfänge bei der Reichsbank und ihren im ganzen Reiche verbreiteten Nebenstellen im Jahre 1911 377502 Mill. Mark. Gegen das Jahr 1910 hat sich der Umsatz um nicht weniger als 23352 Mill. Mark gesteigert. An Banknoten waren im Umlauf durchschnittlich 1663 Mill. Mark. Der Wechselverkehr war ein außerordentlich reger. Einschließlich der Scheckumläufe gingen 5557912 Stück Wechsel mit 12374 Mill. Mark durch die Reichsbank. Der Bestand an kurzfristigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen war im Jahresdurchschnitt 1129 Mill. Mark, 73 Mill. mehr als im Vorjahre.

Dem Verwaltungsbericht sind folgende bemerkenswerten Ausführungen vorangestellt:

Das Jahr 1911 bildet für Deutschland ein Jahr stetiger Fortschritte in fast allen Zweigen der Erwerbstätigkeit; Gütererzeugung und Güteraustausch haben sich trotz der politischen Unsicherheit kräftig entwickelt. Dem Geldmarkt und der Börse sind allerdings Störungen nicht erspart geblieben. Die Notwendigkeit großer Rückzahlungen ausländischer Guthaben zur Zeit des durch höhere Löhne und Preise ohnehin gesteigerten herkömmlichen Geldbedarfs bewirkten, daß der deutsche Geldmarkt sich stärker als sonst auf seine eigenen Mittel angewiesen sah. Dies führte in den letzten Monaten des Jahres der Reichsbank Ansprüche in einem Umfange, der laufend nicht erheblich hinter dem im Hochkonjunkturjahre 1907 erreichten zurückblieb, ihn an den Quartalsrückstellungen aber weit übertrug.

Zu der Befriedigung dieser Ansprüche standen jedoch von vornherein größere Barmittel, namentlich in Gold, zur Verfügung; auch konnte, als die großen Zahlungsforderungen des Auslandes erfüllt werden mußten, durch Abgabe von Auslandswertpapieren ein allzu heftiges Steigen der Devisenkurse verhindert werden.

Der hier erwähnte Umstand, daß große Rückzahlungen ausländischer Guthaben hatten erfolgen müssen, ist auf die Spannung zurückzuführen, die 1911 zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko entstand. Französische Banken und Kapitalisten, die von England unterstützt wurden, zogen einen Teil ihrer in Deutschland verzinssich angelegten Guthaben zurück, in der offizien Absicht, das deutsche Wirtschaftsleben zu schwächen und Deutschland zur Rückgebildigkeit zu zwingen. Zum Teil war es wohl auch die Furcht vor Verlusten und Geldknappheit im eigenen Lande, die die fremden Gelddarleher veranlaßte, ihre Kapitalien vom deutschen Markt zurückzuziehen. Das deutsche Finanzwesen hat die hierdurch herbeigeführte Probe auf seine Leistungsfähigkeit gut bestanden. Daß dies möglich war, dazu hat die durch die Reichsfinanzreform neu gestärkte Reichsbank ein gut Teil beigetragen.

Einige Ziffern aus der Statistik des Deutschen Reiches über die Aktiengesellschaften zeigen den Zusammenhang von Gewerbe und Industrie und der Börse. Von den über 3000 Aktiengesellschaften sind 1576 zur Kapital-

beschaffung durch Schuldverschreibung geschritten. Ende 1910 wurden von diesen 1576 Gesellschaften 3261 Mill. Mark Obligationen in Umlauf gesetzt, das sind 2,41 Mill. Mark mehr als im Vorjahre. Davon sind 2811 Mill. an deutschen Börsen zum Handel zugelassen. Der Gesamtumlauf der Schuldverschreibungen der bezeichneten Aktiengesellschaften, sodann der bergbaulichen Gewerkschaften, Handels- und Kommanditgesellschaften usw. betrug 3964 Mill. Mark. Es sind beteiligt:

Gewerbegruppen	Gesamtumlauf der Schuldverschreibungen Betrag in 1000 M.
Bergbau und Hüttenbetrieb	1066 472
Elektrotechnische Industrie	234 676
Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke	325 158
Textilindustrie	156 985
Bierbrauerei und Mälzerei	193 144
Roll-, Klein- und Straßenbahnen	477 499
Fluß-, Küsten- und Seeschifffahrt	207 781
sonstige Unternehmungen	1 302 312

Die größte Zahl an ausgegebenen Obligationen bezw. Kapital haben die Aussteller und Gesellschaften von Berlin; sie sind beteiligt mit 755,64 Mill. Mark; es folgt Rheinland mit 554 Mill., Westfalen mit 421 Mill., Hamburg mit 215, Hessen-Nassau und Bayern mit je 204 Mill., Hannover mit 192, Schlesien 158, Sachsen 156, Königreich Sachsen 157, Bremen 148, Baden mit 137 und Elsaß-Lothringen mit 136,408 Mill. Mark Obligationen. Die übrige Summe verteilt sich auf die verschiedenen Staaten des Reiches und auf Provinzen Preußens.

Der Gesamtbetrag der am Ende des ersten Halbjahres 1911 umlaufenden Hypothekenspandbriefe, darunter auch Kommunal-schuldverschreibungen, betrug 11 071,88 Mill. Mark. Die wenigen Ziffern der Statistik über einen Teil der deutschen Geld- und Kreditinstitute zeigen, mit welcher gewaltigen Summen in unserem Wirtschaftsleben gearbeitet wird und wie verwickelt und verbunden die deutsche Volkswirtschaft mit den Geldinstituten ist. Ohne Kapital wäre eine Gewerbe- und Industrietätigkeit vom heutigen Umfange unmöglich. S. P.

### Briefkasten.

E. G. Eine solche Zeitschrift sind die bekannten „Cotton Factory Times“, die wöchentlich in Ashton-under-Lyne erscheinen und zum Preise von 2 Schill. 2 Pence pro Quartal durch die Post zu beziehen sind. Die „Times“ vertreten die Interessen der englischen Textilarbeiterschaft, bringen aber zugleich auch ständige Mitteilungen auf fachtechnischem Gebiete. Die Tendenz ist die des alten soliden englischen Trade Unionismus.

B. C. Wir werden in der nächsten Nummer eine Kennzeichnung der D.-D. Gewerksvereine bringen. Mehrere Aufschriften sind liegen geblieben.

### Versammlungskalender.

Cottbus. 20. April, im evangelischen Vereinshaus, Spreestraße 12.  
Dahlhausen (Bupper). 21. April, 2 Uhr, bei S. Lingel.  
Forst (Gauß). 20. April, 8 Uhr, im Schützenhaus, öffentliche Versammlung.  
Rheinbalden. 21. April, 1/2 10 Uhr, bei Böcker.

### Bekanntmachung.

Secretariat Mülhausen i. Elsaß.  
Ab 1. Mai lautet unsere Adresse:  
Franklinstraße Nr. 5.  
Camill Bilger. Alois Simoné.

### Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Maria Hübler in Augsburg.
  - Dominikus Holzmann in Kottorn.
  - Adam Schorn in Stotzheim.
  - Arnold Thevessen in Viernon.
  - Emma Barber in Forst i. L.
  - Anna Spelters in Vierson.
  - Anton Brüning in Metelen.
- Ehre ihrem Andenken!

### Literarisches.

Die Elektrizität im täglichen Leben behandelt die Nummer 10-12 der „Naturwissenschaftlichen-Technischen Wochenschrift“ der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgeber ist Dr. Basilian Schmid. Das 142 Seiten starke Schriftchen behandelt sein Material sehr interessant und populär. Es ist mit zahlreichen erläuternden und erklärenden Abbildungen versehen. Der Preis von 60 Fig. ist wirklich gering. Wir können empfehlen, das Schriftchen beim Verlage, Theob. Thomas, Leipzig, oder beim Generalsecretariat in Köln zu bestellen.

Die Eisenbahn. Dieses Thema behandelt ein anderes Heftchen aus demselben Verlage. Verfasser des ungemein interessanten Heftchens — in Taschenformat — ist Prof. Dr. H. Schreiber. Um die Güte des Gebotenen zu zeigen, geben wir das Inhaltsverzeichnis wieder.

A. Geschichte der Eisenbahn bis zur Schaffung der ersten Teile des deutschen Eisenbahnnetzes. Vor der Eisenbahn S. 5. — Anforderungen an ein Beförderungsmittel S. 8. — Was ist eine Eisenbahn? S. 10. — Die ersten Gleise S. 10. — Das Weis in England S. 12. — Form der ersten Schienen S. 13. — Pferdebahn S. 14. — Dampfbahn S. 14. — Die ersten Eisenbahnen Deutschlands S. 17.

B. Die festen Betriebsmittel.  
1. Entwerfen der Linie S. 21. Verkehrsabichte S. 21. — Bedingungen für die Wahl der Linie S. 22. — Verlängerung der Linie S. 23. — Krümmungs- und Neigungszeiger S. 25.  
2. Die Strecke S. 25. Planum, Bettung und Schwellen S. 25. — Die Schiene S. 29. — Der Oberbau S. 33. — Die Spurweite S. 36. — Die Krümmungen S. 37. — Das Wandern der Schienen S. 39.  
3. Eisenbahnen mit besonderem Oberbau S. 40. Bergbahnen S. 40. — Wehrbahn S. 41. — Schwebebahn von Langen S. 43. — Seilbahnen S. 44. — Scherks Einschienenbahn S. 47. — Rettigs Stufenbahn S. 49.  
4. Der Bahnhof S. 51. Das Stellwerk S. 55. — Weichenstraßen und Kreuzweiche S. 56. — Wasserstation S. 58. — Empfangsgebäude und Bahnsteig S. 59.  
5. Signale S. 62. Notwendigkeit der Signale S. 62. — Einheitlichkeit der Signale S. 63. — Bahnhofsglocke S. 63. — Abfahrtsignale S. 64. — Streckensignale S. 65. — Haltsignal auf der Strecke S. 66. — Farben-signale S. 68. — Einfahrtsignale S. 68. — Blocksignale S. 69. — Weichensignale S. 70. — Zugsignale S. 72.  
C. Die rollenden Betriebsmittel.  
1. Das Untergerüst S. 73. Das Rad S. 73. — Der Radjak S. 76. — Achsbüchse, -gabeln, Tragsfedern S. 76. — Der Radstand S. 78. — Vereinslenkachsen und Drehgestelle S. 79. — Bremsen S. 81. — Luftdruckbremsen S. 84.  
2. Der Wagen S. 87. Der Rahmen S. 87. — Knuppelung S. 87. — Puffer S. 91. — Wagenkasten für Personenwagen S. 93. — Güterwagen S. 95. — Bezeichnungen S. 96. — Lichtmaß der Strecke S. 97.  
3. Die Bestandteile der Lokomotive S. 98. Kraftmaschine S. 98. — Der Tender S. 99. — Der Kessel S. 99. — Die Zylinder S. 103. — Das Blasrohr S. 104. — Steuerung S. 105. — Zylinder-gestänge S. 108. — Rahmen S. 108. — Knuppel-achsen S. 109. — Luftwiderstand S. 114. — Gang der Lokomotive S. 115.  
4. Entwicklung der Lokomotive S. 118. Bis Rainhill S. 118. — Die Semmeringbahn S. 121. — Die Verbundlokomotive S. 122. — Kurvenbewegliche Lokomotiven S. 123. — Heißdampflokomotive S. 123. — Alter der Lokomotiven S. 124.  
D. Der Eisenbahnbetrieb. Notwendigkeit eines Jahresplans S. 125. — Betriebslänge der Strecke und Geschwindigkeiten eines Zuges S. 125. — Graphischer Jahresplan S. 127. — Zugbildung S. 128. — Ausichten für die Geschwindigkeit S. 130.

Auch dieses sehr empfehlenswerte Schriftchen kostet nur 60 Pfg.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Der Bankrott des Materialismus. — Masse und Führer. — Die Kartelle in der deutschen Textilindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Seidenwebereien. — Ein Rattenkönig. — Feuilleton: Die Textilkunst des Mittelalters. — Allgemeine Rundschau: Neuem, energischem Schaffen entgegen! — Ein sonderbarer Vergleich. — Streitregeln für die sozialdemokratischen Verbände. — Klassenkampf in den „freien“ Gewerkschaften. — Konzeptionierter Streikbruch. — Die Berichterstattung der „Frankfurter Zeitung“ während des Ruhrbergarbeiterstreiks. — Geld stinkt nicht. — Unternehmerterrorismus. — Anarcho-sozialistische Einflüsse in der englischen Bergarbeiterbewegung. — Terrorismuskonstruktionen der Berliner Fachabteilungen. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Vorstände und Vertrauensleute! — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Saaten b. Aachen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Fulda. — Greiz. — Krefeld. — Zeil a. M. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Das Wirtschaftsjahr 1911. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Bekanntmachung. — Sterbetafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!